


## **Sozialräumliche Jugendhilfe in der Stadtentwicklung**

### **3. E&C Regionalkonferenz Süd/ Südwest in Nürnberg**

Dokumentation zur Veranstaltung  
vom 20.6.2002

im Auftrag des:

Stiftung SPI

 Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

### **Impressum**

Herausgeber:  
Regiestelle E&C der Stiftung  
SPI  
Sozialpädagogisches Institut  
Berlin  
„Walter May“  
Narzarethkirchstraße 51  
13347 Berlin  
Telefon: 0 30.45 79 86 -0  
Fax: 0 30.45 79 86-50  
Internet: [www.eundc.de](http://www.eundc.de)  
Ansprechpartner für die E&C-  
Standorte  
Süd / Südwest:  
Andreas Hemme  
Ansprechpartner für die  
Regionalkonferenzen Süd / Süd-  
west:  
Landesarbeitsgemeinschaft Sozi-  
ale  
Brennpunkte Hessen e.V.  
Moselstrasse 25  
60329 Frankfurt / Main  
Telefon: 0 69. 25 00 38  
Fax: 0 69. 23 55 84  
E-Mail [LAGSB@aol.com](mailto:LAGSB@aol.com)  
Redaktion:  
Stefan Böhm-Ott  
Jochen Partsch  
Reinhard Thies,  
Gisela Zwigart-Hayer

## **Inhalt:**

- 4 Günther Pleiner  
**Aktivierende Sozialraumanalyse und vernetzte Planung – Folgen für die Kinder- und Jugendhilfe**
- 10 Bernd Kammerer  
**Sozialräumliche Jugendhilfe in der Stadtteilentwicklung – Nürnberger Beispiele**
- 15 Wolfgang Mack  
**Sozialräumliche Vernetzungen in städtischen Armutsquartieren – Erfahrungen und Herausforderungen**
- 17 Annegret Boos-Krüger  
**Workshopbericht: Beiträge der Jugendhilfe zur nachhaltigen Stadtteilentwicklung**
- 18 Albert Ottenbreit  
**Beiträge der Jugendhilfe zur nachhaltigen Stadtteilentwicklung – Jugendhilfe und Aktivierung**
- 22 Maria Ohlig  
**Jugendhilfe und Schule/ Beruf – das Beispiel Trier-Nord**
- 25 Gisela Zwigart-Hayer  
**Workshopbericht**
- 26 Claudia Wickert  
**Praxisbeispiel zum Thema Jugendhilfe und Vernetzung**
- 29 Peter Schlotter  
**Vernetzungen in einer stadtteilorientierten Einrichtung der Jugendhilfe**
- 36 Videowerkstatt Westend  
**Praxisdokumentation**



Günter Pleiner,  
Fachhochschule Erfurt

## Aktivierende Sozialraumana- lyse und vernetzte Planung – Folgerungen für die Kinder- und Jugendhilfe

### Einleitung

Mein Part wird es im Folgenden sein, mit einem einleitenden Statement einige Aspekte zu erörtern, die sich an den Stichworten „Sozialraum / Sozialraumanalyse“ und „vernetzte Planung“ in ihren Bezügen zur Kinder- und Jugendhilfe orientieren.

### Zu meiner Person:

Ich selbst bin, als Praktiker in der Jugend- und Gemeinwesenarbeit, als Sozialplaner und Lehrender, seit 1976 mit der Thematik befasst. Meinen Praxishintergrund bilden insbesondere 16-jährige Erfahrungen in der hessischen Gemeinwesenarbeit.

Seit 1992 lehre ich an der Fachhochschule Erfurt im Lehrgebiet „Pädagogik“, mit dem Schwerpunkt auf gemeinwesenorientierte Ansätze in der Kinder- und Jugendhilfe.

### Drei „Leitplanken“ meines State- ments

Drei Feststellungen sollen mir für die folgenden Ausführungen als „Leitplanken“ dienen. Ich werde auf sie an der jeweiligen Stelle zurückkommen.

1. Die Kategorie „Sozialraum“ ist weder für die Kinder- und Jugendhilfe noch für Soziale Arbeit insgesamt ein Novum, das etwa erst mit dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ oder mit „E&C“ Einzug gehalten hätte:

- Das mit Hans Thiersch eng verbundene Konzept der „Lebensweltorientierung“ beeinflusst seit etwa 30 Jahren den jüngeren Theorie-Praxis-Diskurs der Sozialen Arbeit.
- In der deutschen Gemeinwesenarbeit (GWA) findet die sozialräumliche Orientierung seit Ende der 60-er Jahre ihren Niederschlag.
- Die in der Tradition US-amerikanischer Projekte (seit den 20-er Jahren des vorigen Jahrhunderts) stehenden aufsuchenden Ansätze von Jugendhilfe

(Streetwork, Mobile Jugendarbeit u.ä.)  
arbeiten im und mit dem sozialen Raum.

2. „Sozialräumliche Kundigkeit“ (Böhnisch/Münchmeier 1990) ist eine fachliche Grundkompetenz der Kinder- und Jugendhilfe, die 1990/1991 im KJHG ihre Entsprechung findet. Man könnte auch sagen: Wenn es ein Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit mit „elaboriertem“ Sozialraumbezug gibt, dann ist es der Kinder- und Jugendhilfebereich, der sich dazu vielfach positioniert hat:

- Im 8. und 9. Jugendbericht der Bundesregierung sind entsprechende Orientierungen und Strukturmaximen aufgenommen.
- In § 1 und § 80 SGB VIII / KJHG sind die Erhaltung und Schaffung „positiver Lebensbedingungen“ – auch und gerade in „gefährdeten Lebens- und Wohnbereichen“ – als wegweisende Paradigmen präventiver, lebensweltorientierter Kinder- und Jugendhilfe verankert.
- Sie erhalten in „gemeinwesenorientierten Angeboten“ (§ 11 SGB VIII) ihren methodischen Auftrag und in §§ 79, 80 und 81 SGB VIII, in Gestalt der öffentlichen Träger, ihren gesamt- und planungsverantwortlichen Katalysator.

3. Kinder- und Jugendhilfe ist aufgefordert, sich nachhaltig in das sozialräumliche Planungsgeschehen einzumischen, sich zu verbünden und an der Gestaltung einer positiven Lebenswelt so mitzuwirken, dass Kinder- und Jugendliche „zu ihrem Recht kommen“. Sozialräumlich und kooperativ ausgelegte Jugendhilfeplanung in Gesamtverantwortung der öffentlichen Träger erhält hier ihren besonderen Auftrag.

### Zur Problematik des Konstrukts „Sozialraum“

In Fachliteratur und Praxis wird der Begriff „Sozialraum“ mittlerweile ebenso inflationär wie uneindeutig verwendet. Z.T. sind damit ganz allgemein Sozialisationsräume gemeint („Raumaneignung“; „Lebenswelt“), oft sind damit Gebietstypen charakterisiert, in denen relativ homogene, von anderen unterscheidbare Bevölkerungsgruppen leben (z.B. „Problemviertel“), z.T. dient der Begriff als Bezugsgröße für behördliche Planungen und Angebote („Bezirke“, „Einzugsbereiche“) oder er wird synonym gebraucht für „Stadtteil“, „Wohnquartier“, „Gemeinwesen“ u.ä.

Verständigung über mit dem Begriff verbundene zentrale Aspekte erscheint insofern ebenso notwendig wie seine Konturierung als „Leitfaden“ sozialräumlicher Analysen.

1.) In diesem Begriff ist zum einen die Dialektik von Mensch und Umwelt sowie der Hinweis auf – auch konflikthaltiges – gesellschaftliches „Miteinander“ in einem bestimmten Gebiet enthalten. Martha Muchow z.B. hat diese Dimensionen in den 30-er Jahren des 20. Jhd. in ihren Studien zur „Lebenswelt des Großstadtkindes“ verdeutlicht.

2.) Im Sozialraum fallen „sichtbare“ Verhältnisse (Wohnen, Infrastruktur) mit zunächst eher „unsichtbaren“ Faktoren des „sozialen Klimas“ und der dort vorfindbaren Interessen-, Einfluss- bzw. Machtstrukturen zusammen. Beide Stränge wirken sich auf unsere Lebensgestaltung aus, auf das Wohnen, die Existenzsicherung, auf die sozialen Beziehungen, das Image der Gegend und auf die Möglichkeit der gesellschaftlichen Mitgestaltung.

3.) Verwiesen wird mit dem Begriff auf den Einfluss des in bestimmten Vierteln anzutreffenden Lebenskontextes auf die Sozialisation, die Lebensqualität und auf den gesellschaftlichen Status der dort Lebenden.

Die Annahme ist, dass soziales Handeln und gesellschaftliches Bewusstsein, Partizipation wie Desintegration zu einem hohen Maße im sozialen Nahraum entfaltet, fehlgeleitet oder gehemmt werden: Die unmittelbare Wohnumgebung trägt mit ihren prägenden Erfahrungen in Familie, Nachbarschaft, Cliquen und milieunahen (pädagogischen) Institutionen zur Ausrichtung von Denk- und Handlungsspielräumen bei.

4.) Eine Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass Sozialräume keine „geschlossenen Anstalten“ oder „totale Institutionen“ sind, sondern offene, durchlässige und darüber hinaus kaum auszumachende Grenzen aufweisen. Und: Sozialräume sind ein System mit einer Vielzahl von Subsystemen (bzw.: Sozialisationsagenturen), die den Individuen oft völlig gegensätzliche Sozialisationsbotschaften vermitteln.

5.) Gesellschaftliche Entwicklungen und Makro-Strukturen werden im kommunalen Mikrokosmos „menschlich“, d.h. unmittelbar erfahrbar und hier, wenn auch nicht „an der Wurzel“, ein Stück weit bearbeitbar, etwa im Rahmen Sozialer Arbeit.

6.) Mit der AGENDA 21 (Rio de Janeiro 1992) und den auf Nachhaltigkeit gerichteten integrierten Stadtentwicklungsprogrammen der späten 90-er Jahre erleben insbesondere marginalisierte Gebiete mit „überforderten Nachbarschaften“ eine Renaissance politischer Aufmerksamkeit.

7.) Sozialräume können damit durch folgende Aspekte konturiert werden:

- als – mit den vorgenannten Einschränkungen – kleinräumig festzulegende geographische Einheiten, im Sinne von Wohngegend/-viertel, Quartier oder Stadtteil, mit einer differenzierten Bevölkerung, die am ehesten, wenn auch nicht zwingend, durch den gemeinsamen Nenner des dort Wohnens verbunden ist;
- als Orte sozialer, ökonomischer, baulicher und infrastruktureller Strukturen und Ressourcen;
- als Kommunikationsgefüge und soziale Netzwerke;
- als konflikthaltige Interessen-, Einfluss- und Machtsphären;
- als grenzdurchlässige sozialisierende Systeme mit vielfältigen Subsystemen und Akteuren;
- als Bereiche gesellschaftlicher Statuszuweisung, Partizipation bzw. Segregation.

8.) In der Bilanz bedeuten die skizzierten Aspekte, dass Zusammenhänge zwischen Lebenskontext und Prägung nicht reduziert aus dem unmittelbaren Wohnumfeld („Quartier“) abgeleitet werden können. Sozialraumanalysen sind aus dem Blickwinkel der Kinder- und Jugendhilfe komplex und kompliziert,

- weil Stadtteile keine „totalen Institutionen“, sondern ein durchlässiges System darstellen, so dass „Quartierseffekte“ auf Einstellungen und Verhalten nicht eindimensional allein aus der Wohnumgebung abzuleiten sind;
- weil es „die Kinder und Jugendlichen“ nicht gibt, die eine differenzierende Betrachtung dieser Klientel und ihrer jeweiligen Bezüge zum Quartier erforderlich macht. Was jeweils zum „Sozialraum“ gezählt wird, ist von Individuum zu Individuum verschieden, abhängig z.B. von den Faktoren Alter, Geschlecht, Ethnie/ Kultur.
- Weil es „den Sozialraum“ ebenso wenig gibt, dieser sich vielmehr aus einem

mosaikartigen Geflecht von Subsystemen konfiguriert und obendrein durchlässig ist. D.h. Sozialräume prägen nicht als monolithisches Ganzes, sondern in Gestalt unterschiedlicher Sub-Sozialräume bzw. Sozialisationsinstanzen (Familie, Nachbarschaft, Kindergarten, Schule, Ausbildung, Clique etc.).

- Das Aufwachsen heutiger Kinder und Jugendlicher vollzieht sich nicht in einem einzigen abgeschlossenen Sozialraum, etwa ausschließlich in einem bestimmten Stadtteil, sondern Sozialisation ist i.d.R. durch „delokalisierte“ Erfahrungsräume und pluralisierte Subsysteme geprägt.
- Es findet zum einen eine fortschreitende Erweiterung der Raumeignung statt, im Sinne des sog. „Zonen-Modells“ (Dieter Baacke).
- Sozialisationserfahrungen erfolgen zum anderen in unterschiedlichen, vom Individuum nicht zwangsläufig als zusammenhängend erlebten „Raum-Inseln“ („Insel-Modell“ / Helga Zeiher).
- Einfluss nehmen auch die audiovisuellen und virtuellen „Sozial-Räume“ der Medien.

## **Aktivierende Sozialraumanalyse – Beispiel GWA**

Soziale Räume und deren „Vermessung“ bzw. Analyse sind für Soziale Arbeit in Theorie und Praxis kein Novum, wenngleich unterschiedlich intensive Zugänge zu verzeichnen sind: Wer unmittelbar im und mit dem Lebensfeld seiner Adressaten arbeitet, muss dessen Akteure, Symbole, Strukturen, Begrenzungen und Potenziale verstehen, um individuelle, soziale und strukturelle Interventionen bedarfsgerecht vorbereiten und realisieren zu können.

1.) GWA hat es seit jeher konstitutiv mit den Ursachen und Folgen sozialräumlicher Segregation zu tun und setzt ihre Interventionen nachdrücklich am strukturellen Lebensweltkontext der Individuen an.

2.) Gemeinwesenarbeit greift bereits in ihrer deutschen und anglo-amerikanischen Vor- und Frühgeschichte auf eine raumbezogene Sozial-Berichterstattung zurück, um Prozesse von Armutsverfestigung, Segregation und Stigmatisierung zu analysieren. Die sich daraus Schritt für Schritt entwickelnde Raum-Kompetenz ist bis heute organischer Teil der GWA-Fachlichkeit.

### **Dazu ein kurzer Rückblick:**

Patriotische wohltätige Gesellschaften beschäftigen sich in Deutschland schon im 18. Jhd. mit den Wechselbeziehungen zwischen Arbeits- und Wohnbedingungen und sittlichen, gesundheitlichen und erzieherischen Problemen. Armut und Krankheit häuften sich in bestimmten Gegenden, für die deshalb durchgreifende Sanierungsmassnahmen empfohlen und ansatzweise auch praktiziert wurden..

Im „Elberfelder System“ des 19. Jhd. werden Armutsquartiere als Planquadrate aufsuchender Armenfürsorge abgesteckt.

Die anglo-amerikanischen „settlements“ des 19. und die deutschen „Volkshäuser“ und späteren „Nachbarschaftsheime“ des frühen 20. Jhd. arbeiten im und mit dem Milieu.

Jane Addams, Wegbereiterin der wissenschaftlich orientierten Sozialberichterstattung in Chicagoer Elendsvierteln („Hull House“), entwickelt um 1870 systematische Messverfahren zur Analyse sozialräumlicher Einflussfaktoren und lebensfeldbezogener Probleme, um zu präzisen Aufschlüssen über die dortigen Zustände zu gelangen

Mit der Rezeption der anglo-amerikanischen „community organization“ und des „community developments“ entstehen in den 60-er Jahren des 20. Jhd. erste systematische Ansätze deutscher „community work“. Gemeinwesenarbeit wird in der Folge zu einem der „Arbeitsprinzipien“ Sozialer Arbeit.

Die vielfältigen sozialräumlichen Untersuchungsverfahren der deutschen GWA-Gründerzeit klingen methodisch bis in die Gegenwart nach. Sie reichen damals wie heute von der Zusammenstellung sog. „Mängellisten“ und „Photodokumentationen“ im Quartier (Wohnsituation, Infrastruktur usw.) bis zu wissenschaftlich fundierten Landesrichtlinien zur Verbesserung von Obdachlosenunterkünften (Hessisches Sozialministerium 1973/1994).

Die methodisch gut sortierte und vielfach beachtete Praxishandreichung von Alf Seipel aus dem Jahr 1976 stellt in dieser wenig konfliktscheuen GWA-Phase „Aktionsuntersuchungen“ und „aktivierende Befragungen“ als Werkzeuge der „community organization“ vor.

Landesweite bau- und sozialplanerische Untersuchungen, in Hessen z.B. für eine „Bestandsaufnahme des Modernisierungsbedarfs in Obdachlosensiedlungen“, setzen vor Ort kommunal- und landespolitische Sanierungsprojekte in Gang.

Dokumentationen zur Quartiersgeschichte, zu Armutsfaktoren und Einmischungsstrategien ergänzen die Palette in kleinräumiger Perspektive.

Sach- und Prozessziele sind in diesen Jahren meist eng verzahnt, wenn etwa die unter Beteiligung der Bewohnerschaft zusammengetragene Dokumentation skandalöser Wohnungsmängel immer auch auf die „Aktivierung“ und „politische Einmischung“ der Betroffenen zielt.

### **Sozialindikatoren in „Sozialen Brennpunkten“ (Deutscher Städtetag 1979)**

Nachhaltige Bedeutung erlangt die Vermessung und Analyse prekärer Sozialräume im Jahr 1979. Der Deutsche Städtetag verweist in seinen damals vorgelegten „Hinweisen zur Arbeit in Sozialen Brennpunkten“ auf die Notwendigkeit, langfristige Planungsziele und die zu ihrer Durchsetzung notwendigen Mittel und Methoden „auch nach wissenschaftlichen Erkenntnissen festzulegen“. Empfohlen werden „Sozialindikatoren“ als „empirisch (statistisch) ermittelte Kennziffern, die die aktuelle Beschaffenheit und den möglichen Wandel sozialer Strukturen bezeichnen“ (ebd.: 28 f.). Die Indikatoren sollen als Informationsbasis, als problemorientierte Aussagen, als Prognoseinstrumente sowie als evaluative „Programmbewertungsindikatoren“ dienen und damit ein Instrument zur Beschreibung und Erklärung sozialer Wandlungsprozesse darstellen. Die dazu in einem sehr differenzierten und anwendungsorientierten Katalog zusammengestellten Fragebereiche sollen an dieser Stelle nicht im einzelnen erläutert werden. Sie haben, wie die einschlägige Messpraxis belegt, ihre Aktualität und Praxisbedeutung bis heute nicht verloren.

Die an gleicher Stelle mit dem Arbeitsbegriff „Soziale Brennpunkte“ konturierten Sozialräume sind solche „Wohngebiete, in denen Faktoren, die die Lebensbedingungen ihrer Bewohner und insbesondere die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen negativ bestimmen, gehäuft auftreten“ (Deutscher Städtetag).

### **Blickwechsel 1999 ff.: Sozialraumanalysen in „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf“ (Soziale Stadt) bzw. in „Sozialen Brennpunkten“ (E&C)**

1996 beschließt die Bauministerkonferenz (ARGEBAU) in Potsdam die Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“, die der drohenden sozialen Polarisierung in den Städten entgegenwirken soll (Bauministerkonferenz 2000).

Die Bundesregierung ergänzt 1999 die Städtebauförderung um das Bund-Länderprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“.

Das parallele Bundesprogramm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (E&C)“ stellt lokalen Vorhaben Mittel für stadtteil- und quartiersbezogene Jugendhilfeangebote zur Seite.

Das Bund-Länderprogramm sieht als stadtteil- bzw. quartiersbezogenen Maßnahmenkatalog vor:

- die Entwicklung „integrierter sozialer Handlungskonzepte“, die neben die bisher vorherrschende Städtebauförderung treten,
- die kleinräumige, d.h. gebietsbezogene Bündelung von Kommunal-, Landes- und Bundesmitteln,
- ein „Stadtteilmanagement“ als Lenkungsinstrument.

Darauf bezogen sind sechs ineinander verflochtene Zielsetzungen, die in den Bundesländern ihre Entsprechung finden (vgl. z.B. Hessen: HEGISS 2000):

- die Stärkung der lokalen Wirtschaft und der Beschäftigungsmöglichkeiten;
- die quantitative und qualitative Verbesserung der Wohnungssituation;
- die (auch ökologische) Aufwertung des Wohnumfeldes;
- die Verbesserung der sozialen Infrastruktur;
- die Erneuerung der Quartierszentren;
- die Förderung von Bürgerpartizipation und Stadtleben

Diese Vorgaben zielen konzertierte, „integrierte“ Aktivitäten auf unterschiedlichen politischen Ebenen an (Bund-Länder; Kommunen, Regionen; Stadtteil, Quartier), in mehreren Feldern (Städtebau; wirtschaftliche Entwicklung) und getragen von unterschiedlichen Akteuren (öffentlicher Sektor; privater, wirtschaftlicher Sektor; gemeinnütziger, bürgerschaftlicher Sektor).



## Sozialraumanalysen als Potenzialanalysen

Das Entwicklungskonzept „Soziale Stadt“ stellt mit seiner vorrangig präventiven und kompensatorischen Orientierung neue Anforderungen an die analytische Vorbereitung sozialplanerischer Maßnahmen: Entscheidend ist, dass neben Problem-Indikatoren auch die Potenziale und die mögliche Entwicklungsrichtung des Stadtteils bzw. Wohnquartiers Berücksichtigung finden. Hierzu sind, auf Basis einer Bestandsaufnahme, sozialplanerische Vorgaben zu entwickeln.

D.h.: Neben Risikoindikatoren, wie Sozialhilfebezug, Arbeitslosigkeit, Kriminalitätsrate, Jugendhilfemaßnahmen, Segregation etc., die immer in Gefahr stehen, Stigmata zu produzieren bzw. zu verstetigen, sind auch und gerade die Stärken, Potenziale und Veränderungsmöglichkeiten des Stadtteils zu benennen.

Sozialraumanalysen dieses Typs sollen insbesondere folgende Fragen klären helfen:

- die Entwicklung der sozialen Lage der BewohnerInnen;
- das Potenzial an Arbeitsplätzen und Lehrstellen;
- den technischen und ökologischen Bestand;
- das Potenzial an kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Infrastruktur (Profi- und Selbsthilfepotenziale);
- die Koordination der vorhandenen und die Gewinnung neuer Akteure;
- die Vorbereitung konzertierter Maßnahmen von Politik, Verwaltung, Institutionen und BürgerInnen.

Ziel ist letztlich die Herstellung eines aktuellen Informations- und Planungssystems nach innen – sich im untersuchten Sozialraum selbst nützlich auswirkend – und nach außen, als Teil nachhaltiger Stadtentwicklung.

## Sozialräumliche Kundigkeit der Kinder- und Jugendhilfe: Blick auf „Entwicklungsmöglichkeiten“ im Sozialraum

Die Kinder- und Jugendhilfe orientiert sich im Rahmen von Jugendhilfeplanung und von aufsuchenden Ansätzen seit längerem an Sozialräumen, in Stadtteilen, Bezirken u.ä..

Thomas Klein (2001) hat am Beispiel der Stadt Düsseldorf in diesem Zusammenhang auf die sozialräumlichen Kompetenzen der

in der Jugend-, Sozial- und Gesundheitshilfe tätigen sozialen Fachkräfte verwiesen. Sie verfügen, so Klein, in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen über genaue Kenntnisse der vorhandenen Strukturen des Wohnumfeldes sowie eine Vielzahl von Einzelinformationen und Eindrücken über Beziehungen, Vorstellungen und Bedürfnisse der hier lebenden Menschen.

Diese subjektiven Urteile der BezirkssozialarbeiterInnen über sozialräumliche Strukturen und oft „unsichtbare“ Grenzverläufe stellten in Düsseldorf das entscheidende Instrumentarium dar, die ausgewiesenen zehn Stadtbezirke in insgesamt 156 (!) Sozialräume unterschiedlicher Größe zu differenzieren.

In der Kinder- und Jugendhilfe könnte sich eine als kinder- und jugendorientierte Potenzialanalyse verstehende „Anamnese“ der Lebenswelt m.E. – dies im Verein z.B. mit Agathe Eichner und Karin Feige / deutsche jugend 3/2002) – an den 1972 von Havighurst, später z.B. von Oerter / Montada oder Fend zusammengestellten „Lern- und Entwicklungsaufgaben“ von Kindern und Jugendlichen orientieren, also an, wie Paulo Freire es nennen würde, „generativen Themen“ des Aufwachsens mit Blick auf einen gelingenderen Alltag.

Leitfragen der Analyse sind dann, neben sozio-ökonomischen und strukturellen Rahmendaten des Aufwachsens (Einkommen, Wohnen, Freizeit, Infrastruktur usw.), auch:

Welche Wirkungen und Zumutungen, Chancen und Risiken birgt der Sozialraum in der Zeit des Aufwachsens

- für die Entwicklung der Identität,
- für die Ablösung vom Elternhaus,
- für die Ausweitung des selbständigen Handlungsfeldes und den Aufbau neuer Beziehungssysteme,
- für die Auseinandersetzung mit der Alters- und Geschlechterrolle,
- für die soziale, ethische und kulturelle Entwicklung,
- für die Übernahme sozialer Verantwortung,
- für die berufliche und sonstige Lebensplanung,
- für Partizipations- bzw. Desintegrationsprozesse?

## **Kinder- und Jugendhilfe im Kooperativen Stadtteilmanagement – Vernetzte Planung und integrierte Handlungskonzepte**

Dem kooperativen Stadtteilmanagement kommen bei Erhebung, Auswertung und Transfer sozialräumlicher Potenziale zentrale Koordinations- und Impulsfunktionen zu. Unmittelbare Akteure dieses Lenkungsgremiums sind zum einen die vor Ort tätige Gemeinwesenarbeit (Gemeinwesenbeauftragter, „bottom-up“), zum anderen der kommunale Planungsbeauftragte („Top down“) im Sinne eines kooperativen Tandems und flankiert von weiteren Akteursgremien.

Sozialraumanalyse und vernetzte Planung verweisen nachdrücklich auf die Betonung sozialplanerischer Aspekte in der Stadtentwicklung: Neben eindimensionale städtebauliche Fokussierungen müssen, wie in § 1 KJHG gefordert, Blickwinkel treten, die die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in ihrem lebensweltlichen Kontext erfassen und als Planungsmaßstab anlegen. Das als „Tandemprinzip“ eingeführte enge Zusammenwirken eines/r Planungsbeauftragten mit einem/r Gemeinwesenbeauftragten erhält hier seine besondere Aufgabe. Die Kinder- und Jugendhilfe ist dabei als Lobbyist, Fachinstanz und politischer Akteur gefordert.

### **Anmerkungen zum Schluss**

Bei aller Hoffnung auf sozialräumliche Analysen und eine zunehmend vernetzte Planung und Praxis dürfen m.E. auch problematische Aspekte nicht aus den Augen verloren werden.

#### **In Stichworten dazu einige Anmerkungen:**

Peter Bartelheimer (2001) weist für die Sozialberichterstattung in der „Sozialen Stadt“ insgesamt sehr grundsätzlich darauf hin, dass „weder die stadtsoziologische Forschung noch die Sozialplanung und soziale Arbeit ... bislang fachlich allgemein anerkannte Regeln aufgestellt (hat), deren Einhaltung das Recht verleihe, eine Untersuchung als Sozialraumanalyse zu bezeichnen“. So plausibel z.B. die Annahme sei, die neuere Armutsentwicklung gehe in den deutschen Städten mit einer zunehmenden sozialräumlichen Polarisierung einher, werde sie doch weitgehend ohne Datengrundlage erörtert und könne einstweilen weder erhärtet noch widerlegt werden.

Vorliegende Hypothesen über Quartiersef-

ekte, d.h. angenommene Korrelationen zwischen sozialräumlicher Segregation und sozialem Verhalten, können sich insofern bislang auf wenig reliable und valide Messverfahren stützen, um „Raumeffekte“ (Bordieu) nachzuweisen.

In methodischer Hinsicht ist das von Maria Lüttringhaus (2000) in ihren Essener und Dresdener Fallstudien eingesetzte methodenpluralistische und auch „unkonventionelle“ Erhebungsinstrumentarium zu betonen. Leitfadengestützte Expertenbefragungen, schriftliche und mündliche Straßen- und Haushaltsumfragen, „Küchengespräche“, teilnehmende Beobachtungen, Protokoll- und Aktenauswertungen, Dialoge mit Bürgern und Professionellen u.a.m. balancieren, sozusagen „mitten im Leben“, zwischen akademischer Sozialempirie und auf Veränderung zielender Praxisforschung: „Eine rein quantitative Datenerhebung eignet sich aufgrund der Starrheit und Begrenztheit möglicher Variablen nicht, um die Prozesse und Wirkungen eines komplexen Akteursszenarios, wie wir es in der Stadtteilentwicklungsplanung finden, differenziert zu erfassen. ... Entsprechend der erforderlichen ganzheitlichen Wahrnehmung bei der Datenerhebung wurde nicht auf die sogenannten ‚harten Forschungsmethoden‘ (...), sondern vor allem auf ‚weiche nicht standardisierte offene Erhebungsmethoden‘ (...) zurückgegriffen“.

Die Kooperation von „sozialen Institutionen mit erhöhtem Kooperations-Entwicklungsbedarf“ (frei nach Wilfried Schubert) ist nicht unfrei von Vorbehalten, Konkurrenzen, und der Strategie und Taktik des Verteilungskampfes um Finanzen, Klientele und Arbeitsfelder. Die Angst kleiner Träger, im Vernetzungsprozess von Trägermonopolen umarmt und „abgefischt“ zu werden, ist nicht gänzlich von der Hand zu weisen.

Die in den neuen Programmen vielbeschworene Partizipation der Bewohnerschaft drängt nicht von sich aus immer vital auf Einlösung. Die oft geringe Wahlbeteiligung in den hier gemeinten Stadtteilen liefert dazu einige nachdenklich stimmende Hinweise (ein Beispiel aus Hessen: Stadtteilbeiratswahlen Gießen-Nordstadt 2002: Wahlbeteiligung = 2 %).

Und nicht zuletzt: Wir müssen darauf achten, dass die politische Bearbeitung gesellschaftlicher Strukturprobleme nicht allein in den kommunalen Sozialraum verschoben wird. Nachhaltige „integrierte Strategien“ sind nicht nur dort, sondern auf allen gesellschaftlich-politischen Ebenen vonnöten!

**Bernd Kammerer,**

**Jugendamt Nürnberg**

## **Sozialräumliche Jugendhilfe in der Stadtteilentwicklung – Nürnberger Beispiele**

Im Folgenden soll anhand der Vorstellung von zwei Nürnberger Projekten die grundsätzliche Bedeutung der sozialräumlichen Ansätze in der Jugendhilfe für die Stadtteilentwicklung herausgearbeitet werden. Dabei hat das Projekt Nordostbahnhof einen direkten Bezug zu dem Programm Soziale Stadt, während das Projekt KIDS (Kooperation in den Stadtteilen) davon zunächst unabhängig gewesen ist. Nach dieser Darstellung sollen - über beide Projekte hinausgehend - Folgerungen und Thesen zum Verhältnis von Jugendhilfe und sozialräumlicher Stadtteilentwicklung gezogen werden.

### **KIDS (Kooperation in den Stadtteilen)**

KIDS war und ist ein Kooperationsprojekt von Kreisjugendring Nürnberg-Stadt und der Abteilung Kinder- und Jugendarbeit des Jugendamtes der Stadt Nürnberg zur Erarbeitung von sog. „Stadtteilkonzepten“ der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Im weitesten Sinne ging es um die sozialräumlich orientierte Weiterentwicklung, Planung und Vernetzung von stadtteilorientierten Angeboten und Strukturen der Jugendarbeit flächendeckend in Nürnberg. Ziel des Projekts war es, in einem ersten Arbeitsschritt eine stadtteilorientierte Bestandsaufnahme von Angeboten und die Ermittlung von Bedarfen sowie die Entwicklung von Kooperations- und Zielgruppenabsprachen der gesamten Kinder- und Jugendarbeit in Nürnberg vorzunehmen. Die Ergebnisse der Jugendhilfeplanung sollten durch Erarbeitung von Stadtteilkonzepten mit den Bestandteilen Bestandsaufnahmen, Problemanalysen, Bedarfsermittlungen, Entwicklung von Kooperations- und Zielgruppenabsprachen weiterentwickelt werden. Die fachlich-konzeptionellen Bezugspunkte hierbei waren das von Ingrid Mielenz vertretene Konzept der Einmischung, die strukturell bedeutsamen Aussagen des neunten Jugendberichts zur Koordination und Vernetzung und der Ansatz der Sozialräumlichkeit in der Jugendarbeit, wie er beispielhaft durch Ulrich Deinet vertreten wird sowie die Umsetzung neuerer Konzepte der Partizipation in der Kinder- und Jugendhilfe.

### **Warum KIDS?**

Sowohl die kommunale als auch die verbandliche Kinder- und Jugendarbeit haben in Nürnberg einen hohen jugend- und sozialpolitischen Stellenwert. Das Subsidiaritätsprinzip ist stark ausgeprägt, es gibt eine differenzierte und breite Förder- und Zuschussgestaltung der Stadt Nürnberg, und zwar nicht nur für die im Kreisjugendring Nürnberg-Stadt zusammengeschlossenen Jugendverbände, sondern auch für Initiativen und Projekte z. B. in den Bereichen der Musikförderung, der Integrationsarbeit, der Kinderpolitik und Spielraumförderung, der Mädchen- und Frauenarbeit. Aber auch die Stadt Nürnberg entzieht sich nicht der Verantwortung und stellt ein gut ausgestattetes Netz von Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit mit ca. 30 Kinder- und Jugendhäusern, Jugendtreffs und pädagogisch betreuten Spielplätzen. So ist in dem vom Jugendhilfeausschuss der Stadt Nürnberg verabschiedeten „Leitbild Offene Kinder- und Jugendarbeit“ festgehalten: „Kindern und Jugendlichen Räume, Möglichkeiten zur Entfaltung und zur Teilhabe zu geben, ist eine zentrale Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung. Offene Kinder- und Jugendarbeit ist deshalb ein elementarer Bestandteil der Infrastruktur der Stadt Nürnberg im Sinne des gesetzlichen Auftrags des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG)“. Die Stadt Nürnberg wendet dabei für Jugendarbeit (im Jahr 2000) 22,6 Mio. DM auf, das entspricht 10,4 % des Jugendamtsbudgets.

Nürnberg hat mit den inzwischen erfolgreich realisierten Jugendhilfeplänen einen ausgeprägten konzeptionell planerischen Rahmen für die Kinder- und Jugendarbeit schaffen können. Verabschiedete Ergebnisse der Jugendhilfeplanung sind dabei: der Rahmenplan Offene Jugendarbeit, der Rahmenplan Spielen in der Stadt (das Spielflächenentwicklungskonzept), das sog. Mädchenkonzept (Mädchen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit) und die verbindlichen Konzepte der Einrichtungen sowie das o. a. zitierte Leitbild der kommunalen Jugendarbeit.

Darüber hinaus zeigt sich in der jugendpolitischen und fachlichen Beurteilung trotz aller Unterschiede und gelegentlicher Differenzen ein ausgeprägter Hang zur gemeinsamen Diskussion mit dem Ziel des Konsenses und partnerschaftlichen Kooperation unter den Vorgaben des Subsidiaritätsprinzips zwischen freien und öffentlichen Trägern.

Mit der Realisierung des Projektes KIDS sollte eine Lücke geschlossen werden: trotz dieser guten Vorbedingungen fehlte ein verbindlicher Rahmen für die Kooperation und Vernetzung der offenen Einrichtungen auf Stadtteilebene. Es zeigte sich bei kritischer Betrachtung, dass die Zielgruppen, Ressourcen und Angebotsabsprachen gering entwickelt waren. Das Projekt selbst und die Erarbeitung der Stadtteilkonzepte wurden als Kooperationsprojekt mit Methoden des Projektmanagements organisiert. Die Projektlaufzeit war von Ende 1996 bis zum Jahresende 1999. Die erfolgreichen Strukturen sind dabei aber über die Laufzeit des eigentlichen Projektes hinaus beibehalten worden. Somit existiert KIDS weiter. Räumliche Grundlage waren die 22 Jugendarbeitsbezirke, die im Rahmenplan Offene Jugendarbeit als verbindliche Arbeitsabsprache zwischen Freien Trägern, Statistischem Amt, Stadtplanungsamt und Jugendamt festgelegt worden waren.

## Ergebnisse

KIDS konnte sehr positive Ergebnisse vorlegen: in allen Stadtteilen, in allen 22 Jugendarbeitsbezirken der Stadt Nürnberg liegt ein schriftlich fixiertes Stadtteilkonzept vor. In allen Stadtteilen gelang es aber auch, Kommunikationsformen bis hin zur regelmäßigen Vernetzung und Kooperation aufzubauen. Dabei wurden nach Möglichkeit kleinräumliche Weiterentwicklungen in der gesamten Kinder- und Jugendarbeit eingeleitet. Damit besteht die Chance, die fachliche und politische Diskussion um Kinder- und Jugendarbeit in den Stadtteilen weiterzuentwickeln, auf Belange von Kindern und Jugendlichen stärker aufmerksam zu machen und in den Gremien des Stadtteils, bei den politischen Parteien und Initiativen mit diesen Themen präsent zu sein. Ein Abschlussbericht mit konzentrierten Aussagen über Bedarfsentwicklung und Folgerungen für die weitere Arbeit wurde als schriftlich fixiertes Dokument dem Jugendhilfeausschuss der Stadt Nürnberg zur Verabschiedung vorgelegt. Während des Projekts KIDS sind eine Reihe von neuen Initiativen und Projekten eingeleitet und weiterentwickelt worden.

Die ausgearbeiteten Stadtteilkonzepte beinhalten jeweils:

- eine sozialräumliche Beschreibung des Stadtteils;
- eine Beschreibung der Infrastrukturen für Kinder und Jugendliche im Stadtteil;

- eine Bestandsaufnahme der Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit;
- eine Beschreibung der Zielgruppen und Ziele im jeweiligen Stadtteil;
- eine möglichst konkretisierte Bedarfsaussage über den jeweiligen Stadtteil bzw. auch Aussagen darüber, welcher Träger zukünftig im Schwerpunkt welche Bedarfe abdecken soll;
- eine Aussage über institutionalisierte Formen regelmäßiger Zusammenarbeit (z. B. in Form von Stadtteilarbeitskreisen);
- eine Beschreibung der Entwicklung neuer Formen der Kommunikation und der Kooperation unter Berücksichtigung knapper werdender Ressourcen.

Eine Auswertung unter dem gestellten Thema der sozialräumlichen Jugendhilfe in der Stadtteilentwicklung müsste insbesondere neben dem Qualifizierungsaspekt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere die konzeptionelle Profilierung der Kinder- und Jugendarbeit durch diese Stadtteilkonzepte hervorheben. Von ausschlaggebender Bedeutung waren jedoch die sozialräumlich orientierten Beschreibungen und Analysen, die durch die Projektarbeit entstanden, die u. a. auch für Konzepte und Projekte der Stadterneuerung und somit auch für die Soziale Stadt brauchbar geworden sind.

## Jugendhilfe im Projekt Soziale Stadt Nordostbahnhof

Die Siedlung Nordostbahnhof liegt 2,5 km nordöstlich der Nürnberger Altstadt, ist verkehrlich und städtebaulich relativ klar abgegrenzt. Sie geht auf einen Bebauungsplan von 1922 zurück, der ab Beginn der 30er Jahre realisiert wurde. Die Form der Gestaltung ist in den 50er Jahren entstanden. Die Siedlung Nordostbahnhof steht unter Denkmalschutz. Mit wenigen Eckdaten soll die Siedlung gekennzeichnet werden: sie ist 28 ha groß, umfasst 2.400 Wohneinheiten, davon sind 71% 2-Zimmer-Wohnungen. Der Ausländeranteil beträgt 25 %, es gibt 1.500 Einpersonenhaushalte. In der Siedlung leben 190 Kinder unter 6 Jahren, 290 zwischen 6 und unter 15 Jahren und 460 junge Menschen zwischen 15 und unter 21 Jahren. Sie wurde im Jahr 1999 in das Programm Soziale Stadt aufgenommen. Die Siedlung hat, was Stadterneuerungsprozesse anbelangt, einen unschätzbaren Vorteil: alle Wohnungen haben nur einen Eigentü-

mer, die kommunale Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Nürnberg WBG.

Eine Problemanalyse aus Sicht der Jugendhilfe ergibt folgende Punkte: Das Gebiet zeichnet sich aus durch

- einen großen Sanierungsbedarf der Wohnungen und überalterte Bausubstanz;
- mangelnde Attraktivität der vorhandenen Grün- und Freiflächen, die sich in wenig bzw. geringer Nutzung ausdrückt;
- wenig beispielbare und nutzbare Flächen für Kinder;
- eine hohe und im Vergleich zum Nürnberger Stadtgebiet überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit;
- ebenfalls überdurchschnittliche Anteile von Sozialhilfeempfängern;
- einen hohen Hilfe-, Beratungs- und Betreuungsaufwand der Familien durch die Sozialen Dienste;
- eine feststellbare Distanz zwischen deutschen und ausländischen BewohnerInnen;
- fehlende Infrastruktureinrichtungen (Kinderhort, offene Angebote für Kinder und Jugendliche) und somit fehlende Treffmöglichkeiten für Jugendliche;
- fehlende kommerziellen Freizeitangebote für Jugendliche;
- gelegentlich auftretende Cliques und Gruppen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Die von Anfang an geplante Beteiligung der Bürger im Programm Soziale Stadt wurde organisiert durch frühzeitige Information aller Anwohner, die Installierung eines Meinungsträgerkreises, spezielle Jugendversammlungen und projektbezogene Beteiligungsformen von Kindern und Jugendlichen. Ein Quartiersmanagement wurde eingerichtet. Das sozialplanerische Konzept wurde durch eine externe Vergabe realisiert; die wesentlichen methodischen Schritte hierbei waren eine Repräsentativbefragung, parallel begleitet und kontrastiert durch eine Befragung von Experten im Siedlungsgebiet, sowie partizipative Erkundungen gemeinsam mit den SiedlungsbewohnerInnen. Parallel dazu wurde eine zusammenfassende Analyse aus Sicht der Jugendhilfe durch das Jugendamt vorgelegt. Diese Ergebnisse flossen in die Vorbereitende Untersuchung ein. (Eine schriftlich fixierte Fassung der VU der Siedlung Nordostbahnhof ist im Internet als Ergebnisbericht (einzusehen unter [www.sozialestadt.de/gebiete](http://www.sozialestadt.de/gebiete)) verfügbar. Die Federführung für das Gesamtprojekt Soziale Stadt Siedlung Nordostbahnhof liegt beim

Wirtschaftsreferat der Stadt Nürnberg, Amt für Wohnen und Stadterneuerung. Der Programmetat liegt bei rund 10 Mio. Euro.

Die Jugendhilfe war und ist auf verschiedenen Ebenen und Arbeitsfeldern in diesem Projekt beteiligt:

- bei der eingerichteten übergreifenden Projektgruppe der Stadtverwaltung,
- bei der Ausarbeitung und Bedarfsplanung zur Frei- und Spielraumgestaltung,
- bei der Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanager,
- an der Entwicklung von zielgruppenorientierten Beteiligungskonzepten,
- bei der Konzipierung und Verbesserung der sozialen Infrastruktur,
- an der Entwicklung von Konzepten zur Qualifizierung und lokaler Arbeit,
- im Handlungsfeld Kommunikation und der Aktivierung der Stadtteilöffentlichkeit.

Als erste Ergebnisse können aus Sicht der Jugendhilfe festgehalten werden:

- die erfolgreiche Umgestaltung des Kindergartens St. Lukas;
- die Planung und Konzeptionierung eines neuen Kinder- und Jugendhauses;
- die Planung und Konzeptionierung eines Kinderhorts; beide Projekte werden an einem Standort realisiert; der mittlerweile gesichert werden konnte; der Bau wird gerade geplant und die Realisierungsphase beginnt ab dem Jahr 2003;
- der Schulhof an der Oedenberger Schule wird zu einem öffentlichen Spielhof umgestaltet und mit der vorhandenen Grünfläche zu einem einheitlichen Grünzug gestaltet;
- ein Stadtteilladen des Allgemeinen Sozialen Dienstes wurde als Anlaufstelle eingerichtet;
- für Jugendliche wurde mit der „Bauhütte“ ein Qualifikations- und Beschäftigungsprojekt der NOA gGmbH, der Städtischen Beschäftigungsstelle, installiert.

## **Jugendhilfe und die Stadtteilentwicklung**

Im folgenden soll – losgelöst von diesen konkreten Projekten – der Frage nachgegangen werden, wie das Verhältnis von Jugendhilfe und Stadtteilentwicklung grundsätzlich näher bestimmt werden kann. Die folgenden Aussagen beziehen sich dabei auf allgemeine Stadterneuerungsprojekte,

Projekte der Sozialen Stadt, aber auch auf die Weiterentwicklung der Stadtteilarbeit unter der Berücksichtigung von Gesichtspunkten der Jugendhilfe. Zunächst soll jedoch der Teil der Frage beantwortet werden, auf welchen Aufgaben und Handlungsfeldern Jugendhilfe beteiligt sein muss. Insgesamt acht Felder haben sich dabei herauskristallisiert.

### **Bestandsaufnahme und Berichterstattung**

Aufgabe der Jugendhilfe ist es, sozialräumliche Beschreibungen des Stadtteils vorzulegen, die auch der Sicherung des vorhandenen Jugendhilfewissens dienen, und die als Basis die Auswertung der vorhandenen Konzepte der Einrichtungen und Projekte der Jugendhilfe verwenden können und somit einen Beitrag zur Sozialberichterstattung leisten.

### **Problem- und Mängelanalyse**

Jugendhilfe muss bei der Definition der Stadtteilprobleme und der vordringlichen Handlungsfelder von Stadtteilentwicklung vorrangig beteiligt sein. Hierbei geht es um die Integration des Sachverständes der Jugendhilfe in die städtebaulichen Konzepte und Entwicklungsplanungen.

### **Ziel- und Bedarfsplanung**

Jugendhilfe muss für bedarfsorientierte Stadtteilentwicklungen in der Lage sein, Handlungskonzepte vorzulegen, an der Zieldefinition mitzuwirken und ein sozialräumlich definiertes Stadtteilkonzept auszuarbeiten.

Zur Erledigung dieser unter 1 – 3 beschriebenen Aufgaben müssen allerdings folgende Voraussetzungen geschaffen sein:

- Es müssen Konzepte und Ergebnisse der Jugendhilfeplanung vorliegen, diese Konzepte müssen fortgeschrieben sein und aktuelle Analysen erlauben.
- Die vorgelegten Problem- und Mängelanalysen, sowie die Ziel- und Bedarfsplanungen müssen soweit operationalisierbar sein, dass sie als Handlungskonzepte durch Stellungnahmen und Ergänzungen zu den stadtplanerischen Konzepten vorgelegt und umgesetzt werden können. Konkret heißt dies: Jugendhilfe muss an den Vorbereitenden Untersuchungen wesentlich mitarbeiten.

Dies setzt im positiven Fall ausgeprägte Kooperationsbemühungen der unterschiedlichen Fachbereiche voraus. Allerdings verpflichtet der programmatische Leitsatz des § 1 KJHG als institutionalisierte Einmischungsstrategie auch zu Aktivitäten der Jugendhilfe, sollten Entwicklungsplanungen anderer Fachbereiche an den Bedürfnissen der Zielgruppen der Jugendhilfe vorbeigehen.

### **Maßnahmen-, Programm- sowie Raum- und Objektplanung**

Jugendhilfe muss beteiligt sein bei der Definition und Entwicklung, ggf. der Durchsetzung von geeigneten Maßnahmen für die unterschiedlichen Zielgruppen in den jeweiligen Stadtteilen und den Programmen der sozialen Stadtteilentwicklung. Dazu gehört die Festlegung von Raum- und Objektplanungen, die Kommunikation mit anderen Teilen der Administration und im weitesten Sinne die Politikberatung und Kommunikation mit den politisch relevanten Akteuren im Stadtteil.

### **Beteiligung von jungen Menschen und Familien**

Jugendhilfe muss entsprechend ihrem Auftrag beteiligt sein bei der Organisation von Prozessen der Beteiligung ihrer Zielgruppen. Hierzu gehört auch die Aktivierung der bislang nicht gefragten Zielgruppen und Jugendhilfe muss insbesondere auch darauf achten, dass Beteiligungsformen zielgruppenadäquat realisiert werden.

### **Aktivierung von Ressourcen und Potentialen**

Jugendhilfe muss immer wieder ihre Fundamente des Ehrenamtes und des bürgerschaftlichen Engagements nutzen, auf Stärken des Stadtteils und auf Ressourcen der dort lebenden Menschen hinweisen. Sie muss auf Personalkapazitäten für Entwicklungs- und Planungsprozesse aufbauen, Zielgruppenabsprachen entwickeln und bei Fragen des Sponsoring, des Fundraising und der Mittelbeschaffung für neue Infrastrukturen mitwirken.

### **Kooperation und Vernetzung**

Jugendhilfe muss kommunikative Informations- und Austauschprozesse gewährleisten. Dies gilt für die Träger der Jugendhilfe, aber auch für die Mitwirkung von Vereinen,



Initiativen und Projekten außerhalb institutionalisierter Formen. Auch die gegenseitige Nutzung von Ressourcen sollte ermöglicht werden. Die Definition des Kooperationsrahmens (Information, fachliche Beratung, Begleitung, Absprachen, Abgrenzung) muss geklärt werden.

## Quartiermanagement

Die Jugendhilfe muss geeignete Formen der Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement finden, soweit es institutionalisiert wurde und es nicht sowieso Teil der Jugendhilfe ist. Fehlen diese Formen, sollte Jugendhilfe darauf achten, dass Teile der Funktionen des Quartiersmanagements durch sie gewährleistet werden.

Die Aktivitäten der Jugendhilfe in der sozialen Stadtteilentwicklung könnte man auch etwas formelhaft zusammenfassen mit der Gewährleistung der Prinzipien der Sozial- und Lebensweltorientierung nach dem KJHG. Dies ist allerdings mehr als der alte Begriff der Gemeinwesenarbeit anzeigt. Im folgenden soll dies - keineswegs abschließend - thesenhaft ausformuliert werden.

1. Soziale Stadtteilentwicklung ist eine große Chance für die Jugendhilfe. Chancen muss man allerdings auch aufgreifen und Hausaufgaben gemacht haben (Jugendhilfeplanungsergebnisse müssen vorliegen und vielleicht auch fortentwickelt werden). Soziale Stadtteilentwicklung ist mehr als bisherige Stadterneuerung.

2. Soziale Stadtteilentwicklung stellt tradierte Aufgabengliederungen und -verteilungen zumindest in Frage: sie erzwingt Kooperation.

3. Soziale Stadtteilentwicklung stellt erhöhte methodische Anforderungen an die Jugendhilfe (partizipative Erkundungen, fußläufige Planungen, Auseinandersetzung mit der Sprache und Begriffswelt der Stadtplanung, Moderation und Präsentation von Prozessen). Mehr Phantasie beim Zugang zu (neuen) Zielgruppen ist gefragt; teilweise sind Entpädagogisierungsprozesse notwendig, professionelle Herangehensweisen sind gefragt, aber kein Tunnelblick.

4. Jugendhilfe muss strategische Managementverfahren einbringen in Soziale Stadtteilentwicklungsvorgänge.

5. Die Folie, die diese Anforderungen und Leistungen gewährleisten kann, gibt es: das

Kinder- und Jugendhilfegesetz mit den Festlegungen der §§ 1, 78 – 81 mit den Stichworten: einmischen, planen, steuern, gewährleisten, kooperieren.

6. Erforderlich ist eine flexible Definition der Sozialräume, flexibel hinsichtlich der Bereichsgrenzen, hinsichtlich von Zuschnitten von Sozialräumen, hinsichtlich Datenzugängen und Einzugsbereichen.

7. Gefordert ist ebenso eine Regionalisierung der Jugendhilfe, damit kann der regionalisierte Sozialraum eine effiziente und strategisch ausgerichtete Arbeitsebene sein kann. Die Umsetzung der Regionalisierung bereitet aber noch erhebliche Probleme und erfordert die Entwicklung von konkreten Konzepten.

8. Soziale Stadtteilentwicklung hat einen starken Politikbezug. Die Querschnittsfunktion der Jugendhilfe kann und muss sich an diesem Politikbezug beweisen.

9. Soziale Stadtteilentwicklung und Verwaltungsreform passen gut zusammen – oder sollten gut zusammenpassen: Stichworte sind Zielgruppenplanung, Budgetierung, Controlling, Bürgerorientierung.

10. Monitoring, Evaluation und Berichtswesen der Jugendhilfe könnten noch weiter entwickelt sein, auch gerade im Hinblick auf die Verwendung für Projekte der sozialräumlichen Weiterentwicklung der Stadtteile.

## Literatur:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Neunter Jugendbericht, Bericht über die Situation der Kinder und Jugendlichen und die Entwicklung der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern, Bonn 1994.

Deinet, Ulrich: Sozialräumliche Jugendarbeit. Opladen 1999.

Deutsches Institut für Urbanistik: Die Rolle der Jugendhilfe in der sozialen Stadtteilentwicklung, Erfahrungen und Probleme mit der ressortübergreifenden Kooperation, Diskussion und Tagungsmaterialien zum Jugendhilfeplaner-Jahrestreffen am 10. Juni 2002 in Nürnberg.

Kammerer, Bernd & König, Joachim: KIDS – Kooperation in den Stadtteilen, in: deutsche Jugend, 50. Jg. 2002, Heft 3, S. 112 - 119

Projektgruppe KIDS: Abschlußbericht über das Projekt KIDS für den Jugendhilfeausschuss der Stadt Nürnberg, Nürnberg 1999

Stadt Nürnberg, Amt für Wohnen und Stadterneuerung (Hrsg.): Vorbereitende Untersuchungen Siedlung Nordostbahnhof, Nürnberg 2000.

**Wolfgang Mack,**  
**Deutsches Jugendinstitut**

## **Sozialräumliche Vernetzung in städtischen Armutsquar- tieren – Erfahrungen und Her- ausforderungen**

In der wissenschaftlichen Begleitung des Programms E&C sind im Herbst 2001 zwei Erhebungen in den zwölf ausgewählten Modellgebieten durchgeführt worden: eine schriftliche standardisierte Befragung der Leiterinnen und Leitern von Einrichtungen der Jugendhilfe und teilstandardisierte Interviews mit ausgewählten Schlüsselpersonen. Im folgenden werden erste Ergebnisse der Netzwerkinderviews an zwei Beispielen in abstrahierter und anonymisierter Form und ausgewählte Ergebnisse der Befragung der Leiterinnen und Leiter vorgestellt.

In den Modellgebieten gibt es unterschiedlichen Formen der Vernetzung innerhalb der Jugendhilfe und mit Institutionen außerhalb der Jugendhilfe.

Im ersten Beispiel werden die Aktivitäten der sozialen Stadtteilentwicklung durch eine Arbeitsgruppe der städtischen Ämter koordiniert, die auch für das Quartiersmanagement im Programmgebiet verantwortlich ist. In dem Stadtteil gibt es ebenfalls seit langem eine gut funktionierende Zusammenarbeit von unterschiedlichen Trägern und Gruppen, die im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe aktiv sind. Das Quartiersmanagement beteiligt sich an diesem Netzwerk und bezieht die bereits vorhandenen Strukturen in seine Aktivitäten mit ein. Im zweiten Beispiel wird durch die Programme „Soziale Stadt“ und E & C die Entstehung eines Netzwerks von Trägern der Jugendhilfe angeregt. Die Planungen und Entscheidungen im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ werden zwischen den Ämtern in der Steuerungsgruppe abgestimmt, daran ist auch das Jugendamt beteiligt. Außerdem gibt es eine gut funktionierende Kooperation zwischen dem Jugendamt und dem Quartiersmanagement. Dadurch können die Aktivitäten im Quartier koordiniert und aufeinander abgestimmt werden.

Das Programm E & C kann, wie an diesen Beispiel sichtbar wird, einerseits an bereits bestehende und funktionierende Netzwerke anknüpfen, es regt andererseits die Entstehung neuer Netzwerke an. Wichtig ist dabei auch, wie die Beispiele ebenfalls zeigen, eine Abstimmung zwischen den Bereichen der Stadtentwicklung und der Jugendhilfe. Ne-

ben der Kooperation und Koordination auf Stadtteilebene ist eine Zusammenarbeit zwischen den verantwortlichen städtischen Ämtern unverzichtbar.

Themen der Befragung der Leiterinnen und Leiter von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in den Modellgebieten sind: Trägerschaft und Angebote der Einrichtungen, Personal, Finanzen, Kooperation und Vernetzung, Infrastruktur und zu soziale Probleme im Quartier und Einschätzungen zur Situation von Jugendlichen im Quartier.

Ein Schwerpunkt der Befragung befasste sich mit dem Thema Kooperation. Die meisten Kooperationen zwischen den befragten Einrichtungen und anderen Institutionen innerhalb und außerhalb der Jugendhilfe finden im Rahmen von Einzelprojekten und konkreten Maßnahmen, von stadtteil- bzw. themenbezogenen Arbeitskreisen und fallbezogen statt. Diese Kooperationen werden insgesamt als „eher zufriedenstellend“ bewertet. Erste Auswertungen zeigen, dass diese Kooperationen insgesamt durchaus verbesserungsfähig sind, die Ergebnisse weisen auf einen vorhandenen Bedarf an Beratung und Förderung zur Verbesserung der Kooperationen hin. Die befragten Einrichtungen kooperieren mit einer Vielzahl von anderen Einrichtungen. Die meisten Nennungen erhalten die Schule, das Jugendamt und die Polizei. Auch hier zeigen die Bewertungen bei den ausgewählten Einrichtungen eher gute Erfahrungen, die allerdings nicht optimal sind. Auch diese Ergebnisse deuten auf einen konkreten Handlungsbedarf für die Verbesserung der Zusammenarbeit hin. Bei Kooperationen in Form von Einzelprojekten fällt der hohe Anteil der Schule auf; fast drei Viertel der Einrichtungen, die in Form von Einzelprojekten mit anderen zusammenarbeiten, kooperieren dabei mit Schulen. Von den Einrichtungen, die im Rahmen von §78 KJHG mit anderen kooperieren, geben fast vier Fünftel das Jugendamt an, immerhin noch fast die Hälfte die Schule und mehr als ein Drittel die Polizei. Bei der Zusammenarbeit im Rahmen der Programme Soziale Stadt und E&C nennen ungefähr die Hälfte der Einrichtungen, die in diesem Kontext mit anderen kooperieren, die Stadtplanung und das Quartiersmanagement und ungefähr jede sechste Einrichtung eine (Bürger-)Initiative (Folie 14). Auch dieses Ergebnis zeigt, dass wichtige Impulse und Vorstellungen des Programms E&C auf eine Praxis treffen, in der dies zu realisieren versucht wird. Neben vorhandenen Ressourcen und Potentialen in den Modellgebieten wird dabei allerdings



auch ein erheblicher Entwicklungsbedarf sichtbar.

Diese ersten Einschätzungen werden im Zuge der weiteren Auswertungen konkretisiert und mit anderen Daten verglichen. Detailliertere Berichte zu der Befragung der Leiterinnen und Leiter und zu den Netzwerkinterviews sind beim Projekt „Netzwerke im Stadtteil – Wissenschaftliche Begleitung E&C“ des Deutschen Jugendinstituts erhältlich (Deutsches Jugendinstitut, Nockherstr. 2, 81541 München oder über Internet [www.dji.de/wissenschaftliche-begleitung-eundc](http://www.dji.de/wissenschaftliche-begleitung-eundc)).

**Dr. Annegret Boos-Krüger,  
Forschung und Entwicklung Hessen  
GmbH - Servicestelle HEGISS**

## **Workshopbericht: Beiträge der Jugendhilfe zur nachhaltigen Stadtteilentwicklung**

Dipl.Ing. Folkmar Schirmer stellt eingangs das Projekt „Soziale Stadterneuerung Dicker Busch – Rüsselsheim“ vor und erläutert exemplarisch an verschiedenen Projektansätzen den Kooperationsbedarf mit der Jugendhilfe; sein abschließendes Plädoyer lautet: Das Programm „Soziale Stadt“ bietet eine Menge Chancen zur Unterstützung von Projekten der Kinder- und Jugendsozialarbeit, dieses Angebot muss offensiver wahrgenommen werden; gefordert wird eine stärkere Mitwirkung der Jugendhilfe am Prozess der Stadtentwicklung“.

In der anschließenden Diskussion werden die Chancen und Hemmnisse für Kooperationsstrukturen zwischen Stadtentwicklungsplanung / Stadtentwicklungsprozessen und den klassischen Aufgabenfelder der Jugendhilfe / Jugendarbeit debattiert, eingeleitet durch die Fragen: „Wo sind die Schnittmengen zwischen Arbeit von Jugendhilfe und Stadtplanung?“ „Was ist der Auftrag der Jugendhilfe in der Sozialen Stadt?“ und zugespitzt „Wird der Auftrag wahrgenommen?“.

Klassischer Weise entzündet sich zunächst an den unterschiedlichen Erfahrungen der AG-Teilnehmerinnen und Teilnehmer die grundsätzliche Frage der Zuständigkeit, wenn es um das Thema Jugendplanung im Kontext der Stadtentwicklung geht; häufig existieren Gremien (z.B. Stadtteilarbeitskreise), die sich bereits vor dem Programm Soziale Stadt mit und über festgelegte Gebiete hinaus vergleichbaren Fragen, Projekten und Koordinierungsaufgaben beschäftigt haben. Arbeitsgruppenmitglieder fokussieren zum Ende der Diskussion drei Kernaussagen für den „Lernprozess“ Soziale Stadt zur Sicherung einer nachhaltigen Mitwirkung der Jugendhilfe in integrierten Stadtentwicklungsprozessen.

1. Die Jugendhilfe hat einen klaren Auftrag zur Mitwirkung in der Sozialen Stadt (implizit ist dies im §80 KJHG festgelegt, mit der Aussage, dass die Jugendhilfe gehalten ist mit der Stadtplanung zusammenzuarbeiten).

2. Für die Mitwirkung der Jugendhilfe in Prozessen der Sozialen Stadt sind personelle wie finanzielle Ressourcen von Seiten der

Jugendplanung zur Verfügung zu stellen („Lippenbekenntnisse“ von Seiten der Politik zur Ressourcenbündelung und Kooperation reichen nicht aus).

3. Erforderlich ist ein Aufeinanderzugehen der Professionen bzw. Politik- und Aufgabenfelder, um die immer wiederkehrende Thematik „Kooperation versus Zuständigkeit“ progressiv zu überwinden.

**Albert Ottenbreit,**

**GemeinWesenArbeit Sulzbach**

**Caritasverband für die Region Saarbrücken und Umgebung e.V.**

## **Beiträge der Jugendhilfe zur nachhaltigen Stadtteilentwicklung – Jugendhilfe und Aktivierung / Partizipation am Beispiel des Projekts „Nachbarschaftszentrum Kohlenmühl“**

### **Das „Nachbarschaftszentrum Kohlenmühl“**

#### **Das Wohngebiet**

Das Wohngebiet „Bei der Kohlenmühl“ im Stadtteil „Altenwald“ der saarländischen Kleinstadt Sulzbach (Stadtverband Saarbrücken) ist eine ehemalige Obdachlosensiedlung ( 9 Häuser in einer Sackgasse auf der Grenze zweier Stadtteile), die im Zeitraum 1958 bis 1968 im Rahmen des „sozialen“ Wohnungsbaus als Schlichtbauten errichtet wurden. In den siebziger Jahren lebten hier ca. 300 Personen, heute sind es noch etwa die Hälfte – etwa ein Viertel der BewohnerInnen sind Kinder und Jugendliche.

Einer integrierte (bauliche und soziale) Quartierentwicklung wurde 1987 begonnen, sie ist noch nicht abgeschlossen. 1987 war die Situation des Wohngebiets die eines „klassischen sozialen Brennpunkts“ im Sinne der Definition des Deutschen Städtetags. Nach über 10-jähriger Gemeinwesenarbeit und zunehmendem BewohnerInnenengagement in der ehemaligen Obdachlosensiedlung und vieler bereits vollzogener Schritte baulicher und sozialer Verbesserungen, sollten durch die Entwicklung des Nachbarschaftszentrums Kohlenmühl im Jahre 1999 die Selbsthilfe- und Nachbarschaftsaktivitäten im Wohngebiet gebündelt und so weit wie möglich in die Hände der aktiven BewohnerInnen gegeben werden. Das in der Folge gebildete Projekt „Nachbarschaftszentrum Kohlenmühl“ bezieht sich im engeren Sinn auf den Zeitraum 1999 bis 2001.

### **Das Projekt „Nachbarschaftszentrum - NZK“**

Das Nachbarschaftszentrum Kohlenmühl ist ein praktisches Beispiel partizipativer und aktivierender Gemeinwesenarbeit“.

Träger des Nachbarschaftszentrums Kohlenmühl sind der Nachbarschaftsverein Kohlenmühl e.V. und die GemeinWesenArbeit Sulzbach des Caritasverbandes für Saarbrücken und Umgebung e.V..

Weitere am Projekt beteiligte Akteure sind: die Stadt Sulzbach, der Stadtverband Saarbrücken (örtlicher Jugendhilfeträger), die Landesentwicklungsgesellschaft Saar mbH (Wohnungseigentümerin seit 1998), das Arbeitsamt Saarbrücken/ Sulzbach, das Saarland (Unterstützung von Arbeitsloseninitiativen), Caritasverband für die Diözese Trier e.V., Aktion Arbeit des Bistums Trier und Aktion Mensch e.V., Kirchengemeinden und Einzelpersonen (Mittelbereitstellung aus Spenden und Förderfonds), das Büro Stadt und Natur (beteiligungsorientiertes Planungsbüro).

#### **Ziele und Tätigkeitsbereiche des NZK**

Das NZK arbeitet darauf hin, dass aus „Betroffenen“ zunehmend Beteiligte und selbstorganisiert Handelnde werden. Es geht darum, dass die BewohnerInnen handeln – nicht irgendjemand für sie: ihre konkreten Interessen, Probleme, Wünsche und Ideen sind der Ausgangspunkt für Aktivitäten. Nicht „Problem-, Betroffenen- oder Zielgruppen“, sondern „Aktivgruppen“ sind dabei im Blick: Menschen, die etwas gemeinsam machen bzw. erreichen wollen – Männer und Frauen, Junge und Ältere, Arbeitslose und Erwerbstätige; jede/r mit ihren/seinen spezifischen Fähigkeiten. Das geht mal frauen- oder jugendspezifisch und ein anderes mal geschlechter- und/ oder generationenübergreifend.

Aktivierung bedeutet, dass Handlungsspiel -Räume geschaffen und erweitert, vorhandene Potenziale gebündelt und zusätzliche Ressourcen von außen beschafft werden.

Es geht um Schaffung und Aneignung von Räumen, Gebäuden und Plätzen, aber auch um Schaffung und Erweiterung von Handlungsspielräumen durch Bildung von Gruppen, Aufbau von sozialen Netzen und Unterstützungssystemen und Strukturen gemeinsamer Interessenvertretung: Aktivgrup-

pen, BewohnerInnenversammlungen, Bewohnervertretung, Nachbarschaftsverein.

Auch Bildungs- und Kulturarbeit sind wichtige Bestandteile dieses Konzepts: kreatives und musikalisches Schaffen sowie gemeinsames Kochen in Gruppen, Gemeinschaftsveranstaltungen, Feste und Feiern, Bildungsseminare, Ausflüge und Freizeiten sind wichtige Elemente der Arbeit im NZK.

Bei alledem wurden für die engagierten BewohnerInnen das Lernen für Arbeit und Alltag gefördert, Basisqualifikationen für den Arbeitsmarkt (weiter-)entwickelt bzw. erhalten und dadurch für Arbeitslose Übergänge zum Arbeitsmarkt eröffnet bzw. offen gehalten.

### **Rolle und Aufgaben der Gemeinwesenarbeit**

Auch in der Kohlenmühl gilt: Selbsthilfe und Sozialstaat sind keine Alternativen, sondern zwei Seiten einer Medaille; das Selbsthilfe-Engagement der BürgerInnen braucht „entgegenkommende“ sozialstaatliche Strukturen und Programme – von der aktiven Arbeitsmarktpolitik über eine soziale und partizipative Kommunalpolitik (siehe hierzu: Lüttringhaus, 2000) bis zu zivilgesellschaftlichen Solidaritätsfonds. Auch in diesen Strukturen und Programmen sind engagierte Einzelpersonen als PartnerInnen von nicht zu unterschätzender Bedeutung, damit die Gelder „von oben“ und die „Entwicklungsbedarfe vor Ort“ auch sinnvoll zueinander finden.

Gemeinwesenarbeit hat in einem solchen Konzept wichtige Aufgaben - sie kann:

- initiieren und Entwicklungsimpulse geben
- die Aktiven unterstützen, beraten und qualifizieren
- Konflikte moderieren
- Ideen „projektfähig“ machen und Ressourcen von außen beschaffen helfen
- koordinieren und organisieren
- hinterfragen und klären
- Prozesse öffentlich machen.

Dabei gilt zwischen BürgerInnen und professionellen GemeinwesenarbeiterInnen der Grundsatz: was die Leute selbst können, sollen sie auch selbst tun – die GWA organisiert bzw. macht den Rest (mehr zu Grundlagen und Standards der GWA in: Hinte/ Lüttringhaus/ Oelschlägel, 2001).

- Schritte der Projektumsetzung und Entwicklungsstand heute

- Weiterentwicklung einer öffentlichen Beziehungskultur unter den BewohnerInnen sowie einer dem Projekt angemessenen Organisationsstruktur (ab 1999)
- Öffentliche Veranstaltungen zum Projekt: Startveranstaltung Juni 1999, Zwischenbilanz und Tag der Offenen Tür im Juni 2002
- Anschaffung von Materialien, Werkzeugen und Maschinen sowie eines Klein-LKWs zur Weiterentwicklung der „Werkstatt“ (1999 – 2002).
- Umgestaltung der Gruppen- und Gemeinschaftsräume (Küche, Frauenraum, Kinder- und Jugendräume), Beschaffung von Arbeits- und Spielmaterialien und Entwicklung eines „Hauswirtschaftsprojekts“ (1999 / 2000)
- Einrichtung eines Nachbarschaftsbüros und eines Computer- / Internetaums (Oktober 2001)
- Neugestaltung des Wohnumfeldes der Häuser (seit Oktober 2000) und des Spielplatzes (2002)
- Dokumentation und Veröffentlichung des Projektverlaufs (Stadtteilzeitung, Broschüre, Pressearbeit)

### **Methodik, Verfahren und Instrumente**

Methodik: BürgerInnenselbst- bzw. Nachbarschaftshilfe und –selbstorganisation (Aktionskreise, Aktivgruppen, Nachbarschaftsverein); Unterstützung und Begleitung durch professionelle Gemeinwesenarbeit

Verfahren: Seminare, Versammlungen, offene Treffs / Organisationskreis, Gemeinschaftsveranstaltungen, Befragungen der BewohnerInnen, Projektwochen mit Kindern, Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen des Nachbarschaftsvereins Kohlenmühl e.V., Kooperation mit dem Wohnungseigentümer und einem beteiligungsorientierten Planungsbüro.

Instrumente: Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Beschäftigung im Rahmen der Hilfe zur Arbeit nach BSHG, ehrenamtliches Engagement, ehrenamtliches Engagement von arbeitslosen BewohnerInnen mit Aufwandsentschädigung.

Finanzierung: Insgesamt wurden in den Jahren 1999 bis 2001 417.560,37 Euro (816.677,10 DM) durch den Nachbarschaftsverein Kohlenmühl für die Aktivitäten des Nachbarschaftszentrums erwirtschaftet. Im Rahmen der Wohnumfeldneugestaltung wurden durch die Wohnungseigentümerin LEG Saar in den Jahren 2001 und 2002 23.150,00 Euro zusätzlich investiert. Dar-

über hinaus wurden durch die GemeinwesenArbeit (Gelder des Stadtverbandes Saarbrücken, der Stadt Sulzbach und des Caritasverbandes für Saarbrücken und Umgebung e.V.) Personal- und Sachkosten für den Grundbetrieb und zusätzliche Einzelschaffungen des Nachbarschaftszentrums eingebracht: Personalkosten der Gemeinwesenarbeit, Miete und Bewirtschaftungskosten der Räumlichkeiten, sonstige Sachkosten.

### **(Zwischen-)Ergebnisse und Erreichtes**

Viele der mit dem Projekt verbundenen Ziele konnten bereits erreicht werden, andere sind noch in der Phase der Planung bzw. Umsetzung. Selbsthilfe und Selbstorganisation konnten verstärkt und weiterentwickelt werden. Die Aufbauphase des Nachbarschaftszentrums Kohlenmühl konnte bei einer Zwischenbilanz mit den KooperationspartnerInnen und einem Tag der Offenen Tür dokumentiert und abgeschlossen werden.

Im Sinne des Arbeitsprinzips „Gemeinwesenarbeit“ wurde der Sozialraum Kohlenmühl als Gesamtlebenszusammenhang in den Blick genommen. Sowohl die verschiedenen Generationen, verschiedene Adressatengruppen und beide Geschlechter waren beteiligt als auch verschiedenste Aspekte der Lebenslage (Wohnen, Bildung, Arbeit, Soziale Kontakte, Einkommen) wurden durch das Projekt ganzheitlich bearbeitet.

Durch das Projekt wurden verschiedenste Akteure mit dem Ziel einer integrierten Quartierentwicklung zusammengeführt.

Die BewohnerInnen waren in allen Phasen an Entwicklung und Umsetzung des Projekts aktiv beteiligt. Besonderer Wert wurde auf die Beteiligung und Mitwirkungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen sowie arbeitsloser BewohnerInnen gelegt.

Das Projekt ist sozial und ökonomisch auf Nachhaltigkeit angelegt. Es wurden längerfristige Prozesse angestoßen, die teilweise bereits jetzt selbsttragend geworden sind. Auch die weiterhin notwendige Unterstützung und Begleitung des Projekts durch die Gemeinwesenarbeit ist auf längere Sicht gewährleistet.

Der Nutzen sowohl für das Wohngebiet als Ganzes wie auch für die besonders aktiven Einzelpersonen und Gruppen ist offensichtlich. Der „soziale Gewinn“ zeigt sich in den erweiterten Handlungsmöglichkeiten und -spielräumen der BewohnerInnen, dem entstandenen sozialen Netz, das inzwischen teilweise auch über das Wohngebiet hinaus reicht sowie der zunehmenden Anerken-

nung des Geleisteten durch das städtische Umfeld.

Im Projekt ist die „Hilfe zur Selbsthilfe“ konsequent umgesetzt worden. Die gleichberechtigte Partnerschaft zwischen einem etablierten Wohlfahrtsverband und einem kleinen Selbsthilfeverein ist beispielhaft gelungen (so viel Eigeninitiative wie möglich, so viel Unterstützung wie nötig). Ressourcen von außen (know-how, Geld) wurden zu Aufbau und Unterstützung selbstorganisierter Strukturen der BewohnerInnen eingesetzt.

Aus ehemals „Betreuten“ sind eigenverantwortlich Handelnde geworden.

Die Komplexität und Quantität der anfallenden Arbeit erfordert auch weiterhin professionelle Unterstützung und Begleitung durch die Gemeinwesenarbeit.

GemeinwesenArbeit und Nachbarschaftsverein bemühen sich seit dem Jahr 2001 darum, dass das Wohngebiet „Bei der Kohlenmühl“ in das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ aufgenommen wird, um die begonnenen sozialen und baulichen Quartierentwicklungsprozesse mit zusätzlichen Finanzmitteln weiterführen und zum Abschluss bringen zu können.

### **Verständigung über Fachstandards, Anforderungen an sozialräumliche Jugendhilfe – Stichworte für die Diskussion in der Workshopgruppe:**

- Ganzheitlichkeit und Kooperation
- Aktivierung: Handeln(d) lernen, Ressourcen bündeln, die Handlungsspielräume erweitern
- Partizipation: Betroffene → Beteiligte → Selbstorganisiert Handelnde
- Geschlechterdifferenzierung
- Soziale und ökonomische Nachhaltigkeit
- Einsatz differenzierter / adäquater Methoden und Verfahren

**Kontakt:**

GemeinWesenArbeit Sulzbach  
Grubenstraße9, 66280 Sulzbach / Saar  
Fon 06897/84 10 66, Fax /84 10 73  
E-Mail: [caritas-gwa-sulzbach@gmx.de](mailto:caritas-gwa-sulzbach@gmx.de)

Nachbarschaftszentrum Kohlenmühl  
Bei der Kohlenmühl 6, 66280 Sulzbach  
Fon: 06897/84 20 06, Fax: /84 39 80  
E-mail: [kohlenmuehl@gmx.de](mailto:kohlenmuehl@gmx.de)

**Literaturhinweise**

Nachbarschaftszentrum Kohlenmühl (Hrsg.): Nachbar-  
schaftszentrum Kohlenmühl ... eine Bilanz, Sulzbach,  
Juni 2002; Bezugsadresse s. oben  
Gemeinwesenprojekt Kohlenmühl: „DIE KOHLENMÜHL  
– Beiträge der GemeinWesenArbeit zur Verbesserung  
der Lebenslage in einem benachteiligten Wohngebiet“,  
Sulzbach, April 1998; Bezugsadresse s. oben  
Lüttringhaus, Maria: Stadtentwicklung und Partizipation,  
Bonn 2000, Nr. 17 der „Beiträge zur Demokratieent-  
wicklung von unten“ der Stiftung Mitarbeit, ISBN 3-  
928053-70-1  
Hinte, Wolfgang / Lüttringhaus, Maria / Oelschlägel,  
Dieter: Grundlagen und Standards der Gemeinwesen-  
arbeit, Votum, Münster 2001

**Maria Ohlig,  
Genossenschaft am Beutelweg E.G, Trier  
Jugendhilfe und Schule/Beruf  
– Ganztagschule, das Bei-  
spiel Trier-Nord**

**Stadtteil Trier-Nord**

Im Stadtteil Trier-Nord befindet sich eines der sozial schwierigsten Wohnquartiere der Stadt Trier. Der Bering umfasst ca. 1.000 Wohneinheiten zwischen Verteilerkreis Nord, Franz-Georg-Straße, Herzogenbuscher Straße und Wasserweg. Es handelt sich um ehemalige Kasernenbauten oder Anfang der 50er-Jahre erstellte Gebäude sehr schlichten Standards. Gebäude und Wohnumfeld im engeren Quartier sind in hohem Maße sanierungsbedürftig, die

Schlichtbauten müssen abgerissen und durch neue Gebäude ersetzt werden.

Die Bewohnerschaft des Quartiers (insgesamt 3.723 Einwohner im Stadtbezirk „Nells Ländchen“) ist gekennzeichnet durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Kindern, eine hohe Erwerbslosigkeit und einen sehr hohen Anteil von Sozialhilfeempfängern.

Ca. 30 Prozent der Kinder im Stadtbezirk leben von Sozialhilfe.

Im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ werden neben baulichen Maßnahmen der Infrastruktur und des Wohnumfeldes Verbesserungen im Angebot für Kinder und Jugendliche angestrebt sowie die Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit u.a. durch Qualifizierungsmaßnahmen.

**Soziale Infrastruktur**

In den letzten 20 Jahren ist eine Reihe von

**Bevölkerungsdaten**

**Stand: 31.12.2001**

|   | Stadtbezirk<br>Nells Länd-<br>chen | %            | Stadt Trier<br>insgesamt | %            |
|---|------------------------------------|--------------|--------------------------|--------------|
| <b>Wohnberecht. Bevölkerung</b>         | <b>3.723</b>                       | <b>3,44</b>  | <b>108.201</b>           | <b>100</b>   |
| <b>Altersstruktur/Kinder-Jugend</b>     |                                    |              |                          |              |
| von ... bis ... unter Jahre             |                                    |              |                          |              |
| 0 bis 5                                 | 225                                | 6,04         | 4.240                    | 3,92         |
| 5 bis 10                                | 242                                | 6,50         | 4.286                    | 3,96         |
| 10 bis 15                               | 205                                | 5,51         | 4.871                    | 4,50         |
| 15 bis 18                               | 138                                | 3,71         | 2.864                    | 2,65         |
| <b>Gesamt</b>                           | <b>810</b>                         | <b>21,76</b> | <b>16.261</b>            | <b>15,03</b> |
| <b>Bewohner in der Sozialhilfe</b>      | <b>474</b>                         | <b>12,73</b> | <b>3.893</b>             | <b>3,60</b>  |
| <b>Kinder bis 18 in der Sozialhilfe</b> | <b>238</b>                         | <b>29,38</b> | <b>1.507</b>             | <b>9,27</b>  |
| <b>Arbeitsmarktdaten (30.09.2000)</b>   |                                    |              |                          |              |
| Einwohner von 18-65 J.                  | 2.395                              | 66,40        | 72.488                   | 67,55        |
| Arbeitslose                             | 283                                | 11,82        | 4.228                    | 5,83         |
| <b>Ausländeranteil</b>                  | <b>421</b>                         | <b>11,31</b> | <b>7.796</b>             | <b>7,21</b>  |

sozialen Einrichtungen entstanden, die die enormen sozialen Probleme dieses Quartiers bewältigen helfen und in ihrer Arbeit einen sozialräumlichen Ansatz verfolgen. Insbesondere der Kinder- und Jugendbereich hat entsprechend dem Bedarf einen starken Ausbau erfahren.

- Baby- und Krabbelstube Trier-Nord e.V. (älteste Einrichtung, aus studentischem GWA-Projekt Ende der 70-er Jahre entstanden)
- 3 Kindertagesstätten (Träger: Pfarrgemeinde; Bürgerhaus Trier-Nord; Integrative Kindertagesstätte des Club Aktiv)
- Jugendeinrichtungen (2 Horte, 1 Jugendzentrum am Rand des Stadtteils)
- Bürgerhaus Trier-Nord mit verschiedenen Abteilungen (u.a. Kinder- und Jugendarbeit; stadtteilorientierte Sozial- und Kulturarbeit)
- Familienberatung des Bürgerhauses
- 2 Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte (Bau-/ Hauswirtschaftsbereich), angesiedelt beim Bürgerhaus Trier-Nord

Erwähnt werden muss in diesem Zusammenhang auch die Arbeit der Wohnungsgenossenschaft Am Beutelweg, die aus der Gemeinwesenarbeit des Bürgerhauses vor 10 Jahren entstanden ist und Teil des Netzwerkes sozialer Arbeit im Sozialraum Trier-Nord ist.

## Ganztagschule

Neuestes Element in dieser Struktur ist der Ausbau der Grund- und Hauptschule des Viertels zu Ganztagschulen ab dem kommenden Schuljahr 2002/ 03. Dieses Angebot geht zurück auf die Initiative des Bildungsministeriums Rheinland-Pfalz, das in den nächsten Jahren landesweit 300 Ganztagschulen einrichten will.

Das Ganztagschulkonzept sieht vor, dass an vier Tagen pro Woche bis 16 Uhr ein Angebot gemacht wird, das neben dem herkömmlichen Unterricht vielfältige Elemente aus anderen Erfahrungsbereichen aufnehmen kann.

In Trier-Nord ist die Situation wie folgt: es gibt neben dem Bürgerhaus einen Schulkomplex mit einer Haupt- und einer Grundschule. Beide Schulen werden ab August 2002 Ganztagschulen sein, die Grundschule zu 75%, die Hauptschule zu 44%. Die Grundschule verfolgt das Organisationsmodell 1, das vorsieht, dass Unterrichtseinheiten mit Arbeitsgemeinschaften, Entspannungsphasen, Sportangeboten über den ganzen Tag verteilt abwechseln. Die Haupt-

schule hat sich für das Organisationsmodell 2 entschieden, das vormittags Unterricht und nachmittags andere Angebote vorsieht.

An beiden Schulen werden neue Lehrer eingestellt bzw. Teilzeitverträge aufgestockt. Daneben wird kein weiteres pädagogisches Fachpersonal angestellt, sondern Dienstleistungsverträge mit Einrichtungen wie dem Theater, der Musikschule, Handwerkern, oder einem Fitnessstudio geschlossen. Außerdem werden per Honorarvertrag Einzelverträge mit pädagogischen MitarbeiterInnen sozialer Einrichtungen oder z.B. Eltern geschlossen.

Auf diese Weise glauben die Schulen günstiger zu fahren und vielfältigere Angebote machen zu können.

Für beide Schulen wird das Mittagessen vom hauswirtschaftlichen Dienstleistungsprojekt des Bürgerhauses gekocht und auch dort eingenommen. Dies ist ein gutes Beispiel für sinnvolle Synergieeffekte im Rahmen der Netzwerkarbeit.

Für die Grundschüler ist die Teilnahme am Mittagessen verpflichtend, für die Hauptschüler freiwillig. Eine gute Nahrungsversorgung der Kinder ist im Brennpunkt Trier-Nord ein großes Problem, von daher ist dieses Angebot im Rahmen der Ganztagschule ein wichtiger Baustein im Rahmen der Gesundheitsversorgung und -erziehung.

## Runder Tisch

Die oben erwähnten sozialen Institutionen des Stadtteils haben sich stark eingesetzt für die Einführung der GTS in Trier-Nord. Zum Teil waren sie bei der Antragstellung behilflich. Es existiert von jeher ein starkes Interesse an einer Kooperation mit den Schulen.

Weiterhin gab es Unklarheit, über das weitere Vorgehen und inwieweit eine Kooperation gewünscht wurde. Dies war Anlass, einen Runden Tisch Ganztagschule ins Leben zu rufen, in dem alle Träger von Jugendhilfemaßnahmen, die beiden Schulen sowie jeweils Vertreter des Schul- und des Sozialdezernates und das Quartiersmanagement vertreten waren.

Die Schulen waren als solche nicht vorbereitet auf Aufgaben, die mit der Einrichtung einer Ganztagschule verbunden sind. Management und Kooperation waren bislang nicht Aufgaben im Schulsystem. Die Jugendhilfeeinrichtungen wurden zunächst auch sehr skeptisch betrachtet. Umgekehrt machte sich Konkurrenz und Existenzangst unter den Einrichtungen breit. Wird z.B. ein Hausaufgabenangebot überflüssig, muss ein



Hort um seine Existenz bangen, können vielleicht Kooperationsangebote entwickelt werden?

Wie sieht die Qualität pädagogischer Arbeit im Stadtteil in der Zukunft aus? Welche Ressourcen im Stadtteil können ausgeschöpft werden? Kann es gemeinsame Beratungsgespräche mit Eltern geben, um für die Kinder die jeweils optimale Betreuungsform herauszufinden?

Das sind einige Fragen, die im Rahmen des Runden Tisches offen oder unterschwellig formuliert und diskutiert wurden. Offen gelegt wurde dabei auch, dass es institutionelle Probleme gibt, wenn Jugendhilfe mit Schule kooperieren will: die Schule verfügt für ihre Angebote nur über ein bestimmtes Budget, das u.U. aber nicht ausreicht, um qualifiziertes Personal einer Jugendhilfeeinrichtung zu finanzieren. Jugendhilfeeinrichtungen bekommen ihre Zuweisungen gekürzt, wenn sich die Kinderzahl aufgrund der Einrichtung der Ganztagschule reduziert. Das Sozialdezernat kann z.B. nicht automatisch eine Erzieherin eines Hortes finanzieren, die zum Teil in der Ganztagschule arbeitet. Lösung hier: Rahmenverträge zwischen Jugendhilfeträger und Schulträger.

Sozialeinrichtungen erhalten u.U. durch Kooperationsverträge den Status eines pädagogischen Dienstleisters, der das volle Risiko der Ausfallzeiten übernimmt.

Im August startet die Ganztagschule in Trier-Nord. Die Jugendhilfeeinrichtungen sind auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlicher Intensität eingebunden in diese neue Entwicklung. Sie haben die Erfahrung gemacht, dass es notwendig ist, sich beharrlich immer wieder einzumischen und kreative Kooperationsformen zu entwickeln. Ihnen ist mit den Schulen gemeinsam wichtig, pädagogische Qualität zu sichern und die jeweils optimale Erziehungsform für die Kinder des Stadtteils sicherzustellen. Im Oktober wird eine Auswertung der ersten Erfahrungen erfolgen.

## Perspektiven

Als weiterführende Kooperation der Jugendhilfeeinrichtungen mit den Schulen haben sich drei neue Perspektiven, zwei davon im Rahmen des E&C-Programms, aufgetan:

Das Sozialdezernat Trier verwendet einen Teil des Verfügungsfonds (KuQ) dafür, eine systematische Analyse des Bereichs Übergang Schule – Beruf durchzuführen, bei der alle Akteure in diesem Bereich sowie der

Bedarf auf Stadtteilebene erfasst wird und die gleichzeitig aktivierend wirken soll.

Das Quartiersmanagement ist dabei, eine Maßnahme im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Trainingsjahres (FSTJ) unter Mithilfe der Schulen zu konzipieren.

Die Familienberatung des Bürgerhauses ist aktiv geworden und hat eine Initiative Kooperative Erziehung gestartet, in der sie mit allen Akteuren einschließlich Schulen und Eltern zu einem Konsens über pädagogische Ziele und Vorgehensweisen im Stadtteil Trier-Nord kommen will.

### Kontakt:

Genossenschaft am Beutelweg  
Frau Maria Ohlig  
-Quartiersmanagerin-  
Röntgenstr. 4, 54292 Trier  
tel: 0651/ 13272  
fax: 0651/ 1441012  
E-Mail: maria.ohlig@t-online.de

**Gisela Zwigart-Hayer,**  
**LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.**

## **Bericht aus dem Workshop: Beiträge der Jugendhilfe zur nachhaltigen Stadtteilent- wicklung – Jugendhilfe und Schule / Beruf**

Ausgehend von der Darstellung der Situation in Trier-Nord durch Frau Maria Ohlig drehte sich die Diskussion vor allem um zwei Schwerpunkte:

- Was ist bzw. sollte sein der spezifische Beitrag/ Auftrag der Jugendhilfe bei der Stadt(teil)entwicklung?
- Wie sieht es mit der Kooperation von Jugendhilfe und Schule aus?

Bundesland übergreifend überwog die Erfahrung, dass die – öffentlichen wie freien – Jugendhilfeträger sich aktiv einmischen, ja teilweise aufdrängen müssen, wenn es um Stadt(teil)entwicklungssteuerung und integrierte Handlungskonzepte geht.

Die Einbindung der Jugendhilfe wurde dabei in ihrer Wächterfunktion für die Schaffung sozialen Ausgleichs für unverzichtbar angesehen.

Besondere Aufgaben seien hier künftig verstärkt an den Schnittstellen der gesellschaftlichen Erziehungs- / (Aus-) Bildungssysteme:

- im Zeitraum von 0 bis 3 Jahren,
- beim Übergang Vorschulalter – Schulalter,
- beim Übergang Schule – Beruf,
- aber auch an den Schnittstellen unterschiedlicher Erziehungsinstitutionen (z.B.: Elternhaus –Schule; Schule – Hort;).

Von den dargestellten Erfahrungen um die Einrichtung einer Ganztagschule in Trier-Nord ausgehend, wurde auf die Gemeindege-lage Schule – Jugendhilfe hingewiesen, die sich bei gegenseitigem Ignorieren oder bei Konkurrenzverhalten der Einrichtungen im Stadtteil noch verstärkte.

- Die unterschiedlichen Systeme wirken vor Ort kooperationshemmend.
- Die Kooperation von Schule und Jugendhilfe werde nicht zuletzt dadurch erschwert, dass auf Länder-/ Ministeriumsebene nicht kooperiert oder in Konkurrenzdenken agiert werde, selbst in Bundesländern, wo Schule und Jugend-

hilfe innerhalb desselben Ministeriums angesiedelt sind.

- In Trier-Nord wurden zur Lösung Rahmen-Verträge zwischen Jugendhilfe- und Schulträger abgeschlossen.

Als Ansatz zur Problemlösung wurde die Chance gesehen, dass sich alle beteiligten Erziehungs-/ (Aus-)Bildungsinstitutionen (Schulen, Kindertagesstätten, Arbeits-, Gesundheitsämter) auf einen gemeinsamen Bildungsauftrag verständigen könnten, welche Zukunftskompetenz den Kindern – in Zusammenarbeit mit den Eltern – vermittelt werden soll:

- keiner ohne formalen Bildungsabschluss
- keiner ohne ordentliche Berufsausbildung
- keiner ohne Hilfen in den Arbeitsmarkt.

Ein Grundkonsens solcher Art könne die Basis für eine nachhaltige, integrative positive Entwicklung für Kinder und Jugendliche im Stadtteil darstellen.

**Claudia Wickert,**  
**Gemeinwesenarbeit „Im Kreuzchen“ /**  
**Caritasverband Koblenz e.V.**

## **Praxisbeispiel zum Thema ‚Jugendhilfe und Vernetzung‘**

Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit für benachteiligte Jugendliche im Stadtteil Neuendorf – Geschichte eines Erfolgs von Vernetzung durch Gemeinwesenarbeit

### **Kurzes Stadtteilportrait**

Der Stadtteil Neuendorf besteht aus dem Stadtteilkern an der Mündung der Mosel in den Rhein und aus dem größten Teil des benachteiligten Wohngebiets Großsiedlung Koblenz-Neuendorf. Der älteste Teil (Im Kreuzchen) des Wohngebietes ist der statistische Bezirk 433.

Die Großsiedlung ist durch ein Gewerbegebiet von der 2,5km entfernten Koblenzer City sowie durch eine vierspurige, stark befahrene Straße vom Neuendorfer Stadtteilkern getrennt.

Das Wohngebiet besteht aus Schlichtwohnungen der 50er und 60er Jahre (60 Häuser), mehrgeschossigen Wohnblocks des sozialen Massenwohnungsbaus der 70er Jahre (30 Häuser inkl. zwei 15stöckige Hochhäuser) und aus in den 90er Jahren fertiggestellten mehrgeschossigen Wohnblocks (30 Häuser) sowie Ein- und Zweifamilienhäusern. Weitere Ein- und Zweifamilienhäuser sind im Bau.

Insgesamt nimmt das Wohngebiet in Koblenz Spitzenpositionen hinsichtlich sozialer Problemdikatoren (z.B. Arbeitslosigkeit, Sozialhilfebezug, Erziehungs- und Jugendgerichtshilfen) ein.

### **Vorgeschichte bis 1996**

Seit Einrichtung der Gemeinwesenarbeit (GWA) in der Großsiedlung Koblenz-Neuendorf (1978 auf Initiative der Kath. Pfarrei St. Peter, in Trägerschaft des Caritasverbandes Koblenz e.V.) ist das Engagement mit und für Kinder sowie Jugendliche ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit: Dies reicht von der Hausaufgabenhilfe bis zur Unterstützung einer Elterninitiative, die 1982 die Einrichtung einer Spiel- und Lernstube (Hort) bewirkt, von punktuellen Angeboten für Kinder und Jugendliche (z.B. Freizeiten) bis hin zur Einstellung einer ABM-Kraft für Jugendarbeit und schließlich von Beschäftigungsprojekten für arbeitslose Jugendliche bis hin zur Einrichtung von Kinder- und Jugendräumen im Rahmen eines Modellprojektes. Von Anbeginn an sind all dies Gemeinschaftsaktivitäten von BewohnerInnen und verschiedensten Trägern mit Unterstützung der GWA. Mit Ausnahme des Hortes, der Schulkinder bis 14 Jahre aufnimmt, können aber aufgrund der begrenzten Ressourcen nur punktuelle Angebote bzw. zeitlich begrenzte Maßnahmen für Jugendliche durchgeführt werden.

Schließlich fordert eine überwältigende Mehrheit der befragten **BewohnerInnen** in einer 1994 durchgeführten Befragung kontinuierliche Angebote für Jugendliche. **GWA** sowie örtliche **Wohnungsbau-gesellschaft** und ein **Träger von Beschäftigungsprojekten für Jugendliche** greifen dieses eindeutige Votum auf und bemühen sich ca. 1 ½ Jahre lang um die Einrichtung einer Stelle für Jugendarbeit im Wohngebiet. Trotz entsprechender Bedarfsbeschreibung im kommunalen Jugendplan von 1996 vergeblich.

Dank der GWA-Beziehungen zum Fachbereich Sozialwesen der **Fachhochschule** Koblenz kann 1995 aber wenigstens ein wöchentliches Jugendtreff unter Regie eines studentischen Projektes ins Leben gerufen werden.

|                                | Neuendorf ges.<br>(31.12.1998) | Bezirk 433<br>(31.12.1998) | Wohngebiet gesamt<br>(31.12.1996) |
|--------------------------------|--------------------------------|----------------------------|-----------------------------------|
| EinwohnerInnen                 | 5.724                          | 2.121                      | 3.279                             |
| Fam. mit Kindern unter 18J.    | 734                            | 356                        |                                   |
| Anteil der Alleinerzieh. Fam.  | 24,8%                          | 26,1%                      |                                   |
| AusländerInnen-Anteil          | 22,0%                          | 34,5%                      | 28,3%                             |
| AussiedlerInnen-Anteil         | deutlicher Zuzug               | deutlicher Zuzug           | geschätzt: 25%                    |
| Anteil der Pers. unter 18J.    | 24,2%                          | 34,2%                      | 34,1%                             |
| HLU-Quote                      | 16,6%                          | 32,4%                      |                                   |
| HLU-Quote bei Pers. unter 18J. | 28,1%                          | 42,1%                      |                                   |
|                                |                                |                            |                                   |

## Erfolgstory 1998 bis 2001

Ende 1998 startet ein erneuter Anlauf bei den Bemühungen um eine Stelle für Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit im Wohngebiet.

Im Hinblick auf den Koblenzer Bericht zur sozialen Lage (sogenannter Armutsbericht) analysiert das **Hauptamtlichen-Treffen**<sup>1</sup> anhand der o.g. BewohnerInnenbefragung von 1994 aktuelle Situation und Bedarf im Wohngebiet. Nach Abschluss dieser Wohngebietsanalyse setzt das HA-Treffen Prioritäten für seine Arbeit und erarbeitet bis Mitte 2000 eine Konzeption zur Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit im Wohngebiet, die Situation, Bedarf und erforderliche Maßnahmen inklusive der Einbindung einer solchen Stelle im Stadtteil (Vernetzung!) ausführlich beschreibt. Parallel dazu fließen die Ergebnisse der o.g. Wohngebietsanalyse über die GWA in den Bericht der **Arbeitsgemeinschaft Gemeinwesenarbeit Koblenz**<sup>2</sup> „Auf dem Weg zur Sozialen Stadt“ ein, der Ende 1999 vom **Jugendhilfeausschuss (JHA)** als Teil der Jugendhilfeplanung beschlossen wird.

Klar ist:

- In Neuendorf leben 536 Jugendliche im Alter von 14 bis 21 Jahren, davon 50% in der Großsiedlung (Stand 31.12.2000).
- Außer zwei personell nicht abgesicherten Treffs (davon 1 Angebot für Mädchen seit Herbst 2001) und einem Cliquenangebot für junge SpätaussiedlerInnen (seit 2000) in der Großsiedlung gibt es keine offene Jugendarbeit. Darüber hinaus haben benachteiligte Jugendliche kaum Zugang zu Angeboten der kirchlichen Jugendarbeit und zu Vereinen.

Nach der Schule gibt es vor Ort keine Angebote der Jugendsozialarbeit mehr, und benachteiligte Jugendliche haben kaum Zu-

<sup>1</sup> Das **Hauptamtlichen-Treffen (HA-Treffen)** dient der Vernetzung und dem fachlichen Austausch von Hauptamtlichen aus der sozialen und pädagogischen Arbeit im Umfeld des Wohngebietes. Dies sind im einzelnen (alphabetisch): ASD, Diakonisches Werk, Ev. Kirchengemeinde, Grundschule, GWA, Hauptschule, Hort, Kath. Pfarrei, Kindertagesstätte, Migrationsdienst, Schulsozialarbeit an der Hauptschule, Schulsozialarbeit an der Sonderschule.

<sup>2</sup> Die **Arbeitsgemeinschaft Gemeinwesenarbeit Koblenz (AG GWA)** hatte vom JHA den Auftrag, stadtteilorientierte soziale Arbeit in Koblenz zu konzipieren und wurde in der Folge mit der Aufgabe betraut, die erforderlichen Schritte zur Umsetzung der Maßnahmenvorschläge aus dem als Teil der Jugendhilfeplanung beschlossenen Bericht „Auf dem Weg zur Sozialen Stadt“ einzuleiten.

gang zu Angeboten der Jugendsozialarbeit sowie des Arbeitsamtes außerhalb des Stadtteils.

Deshalb „hängen“ benachteiligte Jugendliche auf der Straße, sind ohne berufliche Perspektive und benötigen diesbezüglich kontinuierliche Begleitung.

Im Sommer 2000 sucht das HA-Treffen nach einem mit dem Wohngebiet vertrauten Träger für die Umsetzung der formulierten Konzeption und lädt die interessierten Träger im Herbst 2000 zu einem Gespräch ein, bei dem sich die **Kath. Pfarrei St. Peter** definitiv für die Trägerschaft einer entsprechenden Stelle entscheidet. Damit beginnen die Bemühungen um die Finanzierung der Stelle ... Die Pfarrei stellt mit Unterstützung von GWA bzw. Caritasverband Ende 2000 / Anfang 2001 Anträge beim **Bistum Trier** (Eigenanteil), beim **Diözesancaritasverband**, bei **der Aktion Mensch**, bei der **Stadt Koblenz** und beim **Land Rheinland-Pfalz**.

Auf der hauptamtlichen Seite werden die verschiedensten Vernetzungszusammenhänge genutzt, um die erforderlichen positiven Stellungnahmen für die Bewilligung der Bistumsmittel zu erhalten, von denen als Eigenmittel auch die anderen Mittel z.T. abhängen. Unterstützung kommt auch vom **Runden Tisch im Wohngebiet**<sup>3</sup>, aus dem heraus sich die beiden **Bewohnervereine** im Wohngebiet schließlich im Mai 2001 an den Bischof von Trier mit der Bitte um Mitfinanzierung der Stelle wenden.

Parallel dazu beginnt die sozialpolitische Lobbyarbeit der Mitglieder des HA-Treffens im Hinblick auf den beantragten kommunalen Zuschuss. Im April 2001 befürwortet die AG GWA die Konzeption und empfiehlt dem JHA die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Umsetzung der Maßnahme. Dank der sozialpolitischen „Untergrundarbeit“ kann im Mai 2001 auf kommunaler Ebene die zweite „Hürde“ genommen werden, denn auch der JHA votiert für die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für eine Stelle Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit im Stadtteil Neuendorf.

Anfang Juni erhalten wir die Nachricht, dass die Bistumsmittel für vier Jahre gesichert sind. Auch Diözesan-Caritasverband und Aktion Mensch signalisieren die Bereitstellung von Mitteln.

Nun geht es in den Endspurt, denn auf kommunaler Ebene sind noch zwei „Hürden“

<sup>3</sup> Der **Runde Tisch im Wohngebiet (RT)** dient der Vernetzung von BewohnerInnengruppen und Institutionen im Wohngebiet durch regelmäßigen Informations- und Erfahrungsaustausch sowie die Auseinandersetzung mit Themenschwerpunkten.

zu nehmen: die Haushaltsberatungen und -entscheidungen vom **Haupt- und Finanzausschuss** sowie vom **Stadtrat**. Im Juni 2001 wird im HA-Treffen entschieden, wer welches Stadtratsmitglied für die Konzeption zu gewinnen versucht. (Im selben Monat wird dank Unterstützung des **Jugendamtes** und des **Dezernenten** bei einem Wohngebietsbesuch von VertreterInnen zweier Landesministerien erörtert, wie eine Komplementärfinanzierung der Stelle über das **Programm E&C** ermöglicht werden könnte.)

Im September 2001 startet die letzte konzertierte Überzeugungsaktion, an der sich alle UnterstützerInnen vor Ort beteiligen: Geladen sind **Ratsmitglieder aller Fraktionen** sowie der **Oberbürgermeister** (und natürlich die **Presse**). Mit dem Bähnchen einer der **Bewohnerinitiativen** geht es auf „Kaffeefahrt“ durchs Wohngebiet, bei der jedem Ratsmitglied eine persönliche Reisebegleitung (die bestens präparierten UnterstützerInnen) zugeordnet ist. Beengt (denn das Bähnchen ist eigentlich für Kinder), aber trocken (es regnet) und mit Blick auf die Aufräumarbeiten vom Wohngebietsfest am vorhergehenden Wochenende kann sich nun keineR dem Charme der Situation entziehen. Besonderes Highlight der Rundfahrt durchs Wohngebiet sind von der Kita wohl platzierte Gruppen von Kindergartenkindern am Straßenrand, die das Bähnchen nebst InsassInnen fähnchenschwenkend begrüßen. Die Rechnung geht auf: Schnell entwickeln sich intensive Gespräche zwischen PolitikerInnen und UnterstützerInnen.

Wieder zurück am „Bahnhof“ Gemeinschaftshaus kommt das, was jede Kaffeefahrt krönt – die Verkaufsveranstaltung: Bei Kaffee und Kuchen (und symbolisch abgeschlossener Türe) präsentieren wir unseren Bestseller, unsere Konzeption!

Ende 2001 erleben wir den Erfolg unserer „Verkaufsveranstaltung“ in der Umsetzung der von den Ratsmitgliedern gemachten Zusagen: Sowohl Haupt- und Finanzausschuss als auch der Stadtrat bewilligen Haushaltsmittel für die geplante Stelle!

## Fazit und Ausblick

So haben wir mit insgesamt **41 AkteurInnen** (in Form von Gruppierungen, Organisationen und Institutionen) erreicht, dass 2002 eine Fachkraft für Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit eingestellt werden kann, die als kontinuierliche Bezugsperson vor Ort ist und zielgruppenorientiert (d.h. auch aufsuchend) arbeitet. Und natürlich auch - so sieht es die Konzeption ausdrücklich vor -

vernetzt,

- um selbst Zugang zu den Jugendlichen zu erhalten und diesen für andere bzw. zu anderen Jugendgruppierungen sowie Institutionen zu schaffen;
- um den aktuellen Bedarf aus unterschiedlichen Perspektiven zu erfassen;
- um Angebote sowie Maßnahmen zu koordinieren und zu initiieren und bei Bedarf zu unterstützen;
- um in Kooperation Angebote und Maßnahmen durchzuführen und Kooperationen zu initiieren;
- um tragfähige Strukturen für ein Jugendhilfenetz im und um den Stadtteil herum auszubauen;
- um auch über die Institutionen Kommunikationsräume für verschiedene Jugendcliquen zu initiieren und aufzubauen, die Kontakte zwischen diesen fördern;
- um rechtzeitig auf diese Verbindungen zurückgreifen zu können, wenn es darum geht, BündnispartnerInnen für die sozialpolitische Lobbyarbeit zum Fortbestehen der Stelle zu gewinnen.

Darüber hinaus hat die Stadtverwaltung im Frühjahr 2002 die Aufnahme des Stadtteils Neuendorf in das Programm Soziale Stadt beantragt, sodass wir bei Ausweisung als Fördergebiet Chancen auf eine Komplementärfinanzierung über das Programm E&C haben und dadurch die Stelle Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit eventuell noch weitere Jahre für unsere Jugendlichen sichern können.



Peter Schlotter

## Vernetzungen in einer stadtteilorientierten Einrichtung der Jugendarbeit

Das Jugend Kinder Kulturhaus Quibble hat einen Einzugsbereich von ca. 35000 Einwohnern und liegt im Süden Nürnbergs. Im Stadtteil leben etwa 8100 Kinder und Jugendliche im Alter von 6 – 20 Jahren. Drei Hauptschulen, eine Teilhauptschule, eine Realschule, zwei Gymnasien und eine Berufsschule liegen in unserem Einzugsbereich. Im Stadtteil leben ca. 29% ausländische Mitbürger. Es sind mehrere Stadtteile, die zu unserem Einzugsbereich gehören. Die Zusammenarbeit mit Jugendverbänden, Schulen und anderen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, ist für uns ein fester Bestandteil unserer Arbeit. Je nach Angebot wenden wir uns mit unseren Programmen und Ausschreibungen direkt an Schüler und Schülerinnen, Eltern oder Lehrern. Die direkte Weitergabe unserer Informationen in Lehrerkonferenzen und Klassen ist möglich.

### Vernetzung findet in unserer Einrichtung auf drei Ebenen statt:

- Die Vernetzung mit anderen Einrichtungen unseres Trägers, dem Kreisjugendring Nürnberg-Stadt
- Die Vernetzung mit Einrichtungen im Sozialen Nahraum
- Die stadtweite Zusammenarbeit bei kulturellen Veranstaltungen

### Vernetzung mit Einrichtungen des KJR

- Zusammenarbeit mit dem Projektbüro Migration des KJR-Nürnberg-Stadt
- Beide Projektwochen wurden in Kooperation ausgearbeitet und durchgeführt.
- In die zweite Projektwoche flossen die Erfahrungen aus der ersten Projektwoche konzeptionell ein.

## Internationale Kinderaktionswoche 2001

Wir zeigen eine Photoausstellung von Jugendlichen aus der Südstadt und eine große Mitmachausstellung für Kinder. Im Begleitprogramm gibt es vom 05.11. – 09.11.01 täglich eine Veranstaltung zum Thema Integration und Toleranz. Frei für Kinder ab 5 Jahren!

### Mitmachausstellung: Wo kommst Du her? Ein Bilderpuzzle von Kindern aus aller Welt

Auf dem Spielefest des Kreisjugendrings Nürnberg Stadt bemalten Kinder bei einer Aktion des Projektbüros Migration Puzzlestücke zum Thema „Wo kommst Du her?“. Diese Puzzlestücke wurden von uns zu einem großen Bild zusammengesetzt. Jetzt ist das Ergebnis im Quibble zu sehen. Alle Kinder, die unsere Ausstellung besuchen, können dazu beitragen, das Werk zu vergrößern und selbst Puzzlestücke bemalen.

### Photoausstellung des Internationalen Jugendzentrums (IJZ)

Viele Jugendliche aus der Südstadt beteiligten sich im Jahr 2001 im Rahmen der Aktionswoche „Friedliches Miteinander, Verständnis und Toleranz“ an einem Photowettbewerb des IJZ. Aufgabe war es, Bilder zum Thema „Das Leben ist bunt“ zu erstellen. Die Ergebnisse sind nun zwei Wochen lang bei uns zu besichtigen.

### Begleitprogramm:

In der Projektwoche zur Ausstellung ist für Kinder, Schulklassen, Kindergarten- und Hortgruppen einiges geboten.

### Mit Kindern Grenzen überwinden

Gemeinsam spielen und lernen, Toleranz gegenüber dem Unbekannten entwickeln und streiten ohne zu verletzen, Ziel aller Veranstaltungen ist es, mit Kindern spielerisch kulturelle Grenzen zu überwinden und sie zu eigenständigem Gestalten, Erforschen und Erleben anzuregen.

### SüdStadt der Kinder

Workshop für eine Schulklasse  
Mo., 22.4.02 von 9.30 – 12.00 Uhr

Wie stellen sich Kinder ihre Traumstadt vor? Wie muss sich die Südstadt verändern, dass sich Kinder hier so richtig wohlfühlen können? Wir laden Kinder ein, ihre Wünsche aufzumalen und zu einer kinderfreundlichen Südstadt zusammenzusetzen. Das Aushandeln und Leben von Kompromissen ist wesentlicher Bestandteil dieses Vormittags.

### **Der Kuckuck und der Esel – Streiten macht Spaß**

Workshop für eine Schulklasse  
Di., 23.4.02 von 9.30 – 12.00 Uhr

Die beiden streitenden Tiere machen etwas vor, was in Schulen und in Familien täglich passiert. Menschen streiten sich. Wir möchten zusammen untersuchen, was streiten bedeutet und verschiedene Lösungsmöglichkeiten bei Konflikten sammeln. Außerdem wollen wir lernen, zusammen zu arbeiten. Kuckuck, Kuckuck IAAAAAAA!

### **Toyota, Jeans, Döner & Co.**

Stadtspiel für eine Schulklasse  
Mi., 24.4.02 von 9.30 - 12.00 Uhr

Eigenständig und mit vielen Fragen, Informationen und Anregungen ausgestattet, sollen sich die Kinder auf den Weg machen, um ihre Südstadt zu erkunden. In kleinen Gruppen wollen wir untersuchen, was für Menschen im Viertel zusammenleben und was man rund ums Quibble so alles erleben und unternehmen kann. Zentrales Thema ist das multikulturelle Zusammenleben im Stadtteil.

### **Jakup Usta schläft nicht mehr**

Musikworkshop für Schulklassen  
Do., 25.4.02 von 10.00 – 12.00 Uhr

„Jakup Usta“ heißt „Bruder Jakob“ und man singt es auf eine Melodie, die wir alle kennen. Mit Gymnick (Gitarre und Gesang) und Metin Demirel (Violine und Gesang) wollen wir kulturelle Grenzen überwinden und uns gemeinsam auf eine lehrreiche musikalische Reise zum Mitsingen und Mitspielen begeben.

- Mehr als 400 Kinder besuchten die Aktionswoche.
- Aus den erfolgreichen Aktionswochen sind auf Grund der enormen Nachfrage mehrere Bausteine ausgekoppelt worden, die von Schulklassen weiterhin gebucht werden können.

- Die Beteiligung bei „Großveranstaltungen des KJR“ ist für unsere Einrichtung selbstverständlich.

### **KJR-Spielefest**

So organisierte ein Mitarbeiter des Quibble zusammen mit einer Kollegin der Jugendbildungsstätte Burg Hoheneck das Spielefest 2001 des KJR auf den Pegnitzwiesen beim Westbad. An dieser Veranstaltung nahmen 17 Nürnberger Jugendverbände aktiv teil. 3000 Besucher erlebten einen herrlichen Tag.

### **Die Blaue Nacht**

Diese Veranstaltung fand im Tratzenzwinger mit aktiver Mitwirkung unserer Einrichtung statt.

### **KJR-Sportfest**

Mit zwei Mannschaften bestritt das Quibble den sportlichen Vergleich mit Jugendverbänden. Auch an der Durchführung dieser Veranstaltung waren Quibble Mitarbeiterinnen aktiv beteiligt.

### **Zur Vernetzung im Sozialen Nahraum**

Hier ist zuerst die Bedarfserhebung im Rahmen des Projektes KIDS (Kooperation in den Stadtteilen) zu nennen. Mit diesem Projekt wurde ein regionaler Arbeitskreis ins Leben gerufen, der jedes Jahr eine Stadtteilaktionswoche auf die Beine gestellt hat. So wurden folgende Aktionswochen durchgeführt:

- „Schönerer Stadtteil“
- „Mehr Platz zum Spielen“
- „Für Toleranz und ein friedliches Miteinander“
- „Zirkus Südstadt“.

An den Aktionswochen nahmen Kindergärten, Kinderhorte, Schulen, Gesundheitstreff, Jugendeinrichtungen teil.

### **Betreute Nachmittagsangebote für Schülerinnen und Schüler im Quibble**

Die Zusammenarbeit mit Schulen ist konzeptionell verankert. Gerade durch die lange kontinuierliche Arbeit ist der Kontakt und die Zusammenarbeit mit den Schulen besser geworden. Für mich ist nach wie vor eine gute und enge Zusammenarbeit mit Schu-

len, sprich Rektoren- / Rektorinnen sowie Lehrer und Lehrerinnen eine wichtige Grundlage für unsere Projekte. Eine Abgrenzung erfolgt in den Punkten und Bereichen vor allem deshalb, um ein eigenständiges Angebot der Jugendarbeit sichtbar zu machen. Der Freizeitcharakter außerhalb der Institution Schule muss deutlich bleiben. Hierbei spielen altersentsprechende Angebote und Mitbestimmung eine wichtige Rolle. Kinder im Grundschulalter brauchen andere Angebote als Jugendliche. Dementsprechend variiert auch die Verbindlichkeit unserer Angebote. Ein weiterer Aspekt ist ein Blick über den „Tellerrand“ hinaus. Unsere Einbindung in den Stadtteil und damit verbundene Veränderungen im Stadtteil haben direkten Einfluss auf unsere Angebote.

### **Mittagsbetreuung**

Ein Teil unserer engen Kooperation in diesem Bereich ist die Mittagsbetreuung für eine Grund- und Teilhauptschule. Diese haben wir zusammen mit dem Elternbeirat und dem Nürnberger Elternverband bereits ein Jahr vor der Ministerellen Verordnung begonnen. Hier war die Betreuungssituation im Stadtteil der ausschlaggebende Grund. Stadtweit fehlen bei uns am meisten Hortplätze. Inzwischen betreuen wir 37 Kinder bei uns im Haus und sind trotz Zuständigkeit der Schule und einen anderen Personalträger für die pädagogische Ausgestaltung unserer Mittagsbetreuung verantwortlich. Hier zeigt sich nochmals sehr deutlich die Zusammenarbeit, aber auch die Abgrenzung zur Schule.

Die Betreuung findet im Zeitraum von 11.15 bis 14.00 Uhr täglich in Schulzeiten statt. Neben einem warmen Mittagessen, gibt es täglich verschiedene Spiel- und Bastelangebote.

### **Schülerclub und Qualikurs**

Bei uns im Haus gibt es mehrere Bereiche, die zum Teil den Projektcharakter schon überwunden haben. Ich möchte mit dem Schülerclub beginnen, weil dieses „Projekt“ bereits ins neunte Jahr geht. Begonnen haben wir als eines von 7 Pilotprojekten des Bayerischen Jugendringes zur „Außerschulischen Nachmittagsbetreuung“. Dieses Angebot richtet sich an Hauptschüler und Hauptschülerinnen von der 5. bis zur 9. Klasse und findet während der Schulzeit täglich von 12.00 Uhr bis 17.00 Uhr statt. Es besteht die Möglichkeit eines warmen Mittagessens. In der Zeit von 13.00 – 15.00

findet eine Hausaufgabenbetreuung statt. Danach gibt es täglich besondere Freizeitangebote. Eine Anwesenheitspflicht gibt es nicht. In den Ferien gibt es eine Schülerclubfreizeit und jede Ferienwoche (außer in den Sommerferien) ein besonderes Tagesprogramm.

Die Betreuung und Koordination findet vom Leiter der Einrichtung und einer ABM-Kraft (leider ist es uns noch nicht gelungen dieses Angebot durch eine hauptamtliche Kraft abzusichern) statt. Es ist uns von Anfang an gelungen, bei den geringfügig Beschäftigten eine Mischung aus Lehramtsstudenten und Sozialpädagogikstudenten zusammenzustellen.

### **Der Selbstbehauptungskurs für Jungen**

Jungen mit Opfererfahrungen werden später leichter zu Tätern. Gerade deshalb ist es wichtig, im Bereich Gewaltprävention gemeinsam etwas zu bewegen. Die Zusammenarbeit von Polizei, der Hauptschule Hummelsteiner Weg, dem Kreisjugendring mit einer großen stadtteilorientierten Einrichtung und verschiedenen Stellen, die mit dieser Thematik befasst sind, ist Jugendlichen Gewaltverzicht und ein besseres Selbstbewusstsein zu vermitteln ein vielversprechender Weg, um in einem Pilotprojekt an einer Schule der Gewaltproblematik mit präventiven Maßnahmen entgegenzutreten und damit der Jugendkriminalität vorzubeugen bzw. die zu verhindern. Der Kurs findet zum Teil in schulischen Räumen und zum Teil in Räumen unserer Einrichtung statt.

### **Lebensweltbezug**

Der Lebensweltbezug ist durch einen Lehrer, der die Kurse begleitet und die Rückkopplung in den Schulalltag sicherstellt, gewährleistet. So können die Fortschritte der Jungen im schulischen Bereich, während und nach Kursende, beobachtet und begleitet werden. Der Elternabend, der jeweils gegen Ende der Kurse stattfindet, trägt zur Einbindung des außerschulischen Lebensumfeldes der Jungen bei.

Die dreijährige Laufzeit des Projektes ermöglicht es, das Kurskonzept durch die gemachten Erfahrungen zu verbessern und zu aktualisieren.

Das Projekt ist als Kursform mit jeweils 10 Einheiten geplant und bezieht verschiedene bereits in anderen Zusammenhängen, z.B. PTI-Rummelsberg, erprobte Methoden und Ansätze ein. Eine Kurzfassung der Projekt-



konzeption erfolgt auf den nächsten Seiten und ermöglicht einen genaueren Einblick in das Projekt zur Gewaltprävention.

Der Selbstbehauptungskurs für Jungen startete am 1. Oktober 1999 mit dem Namen „Powerboys“ und 11 Kursteilnehmern an der Hauptschule Hummelsteiner Weg.

Dieser Kurs wendet sich an Jungen im Alter zwischen 10 und 15 Jahren der Hauptschule Hummelsteiner Weg. Der Pilotkurs wird von einem Sozialpädagogen, einem Lehrer und einem Selbstverteidigungslehrer geleitet. Jungen, die häufig oder ständig Opfer von Gewalt sind ( Pausenhofschlägereien, Erpressungen, verbale Beschimpfungen usw.), soll geholfen werden. Die Kursdauer beträgt 10 Gruppenstunden von 3 Stunden Dauer, die wöchentlich stattfinden. Eine ein-tägige, erlebnispädagogische Maßnahme ist ebenfalls Bestandteil des Konzepts. Im ersten Teil jeder Gruppenstunde sollen die Jungen über Körperarbeit und Rollenspiele sich mit Gewaltsituationen auseinandersetzen und Alternativen erarbeiten. Das Erkennen der Möglichkeiten und Grenzen der eigenen Durchsetzungsfähigkeit sollen zu einer differenzierten Wahrnehmung von und in gefahrenträchtigen Situationen führen. Ziele sind:

- Die Stärkung des Selbstwertgefühles
- Abbau von Angst und Unsicherheitsgefühlen
- Sensibilisierung für eigene Stärken und Schwächen und die eigenen Gefühle
- Differenzierte Wahrnehmung von und in gefahrenträchtigen Situationen
- Entwicklung von Handlungsfähigkeit.
- Änderung der Bewertung unterschiedlicher Reaktionsweisen in Gewaltsituationen
- Veränderung des Umgangs mit erlittenen Opfersituationen
- Kennenlernen unterschiedlicher kultureller Verhaltensformen des Männer-Bildes
- Stärkung der Frustrationstoleranz

### **Selbstverteidigungskurs**

Im zweiten Teil geht es um einen Selbstverteidigungskurs, der mit seinen Inhalten an die vorangegangenen Themen anknüpft.

Das Vermeiden von Gewaltsituationen ist dann leichter realisierbar, wenn im Vorfeld und in Anbahnung einer Gewaltsituation eine realistische Wahrnehmung und Einschätzung vorhanden ist. Angst, Fluchtimpulse, Ohnmacht und Behauptung. Abwehr des Angriffs, Beendigung der Situation und De-

eskalation. Hierzu ist der Selbstverteidigungskurs nötig. Am Kursende steht ein individuelles Abschlussgespräch in dem eine Reflexion und Auswertung des Kurses mit dem Einzelnen stattfinden soll. Die Ergebnisse des Kurses werden von den Teamern dokumentiert und fließen in die Konzeption ein.

### **AG Kunst**

Grafisches Gestalten mit verschiedenen Techniken. Ein Kooperationsprojekt zwischen der Grundschule Scharrerstraße und dem Jugend Kinder Kulturhaus Quibble, das im September 2002 beginnt.

#### **Zielsetzung:**

Den Kindern im Grundschulalter soll ein Bildungs- und Erfahrungsangebot im Bereich angeboten werden. Dabei sollen vielfältige Ausdrucksmöglichkeiten geweckt und gefördert werden. In der kreativen Auseinandersetzung mit bildnerischen Techniken (Schwerpunkt Drucken) steht die Entwicklung von Kreativität, von Selbständigkeit, aber auch von Toleranz, Ausdauer und Belastungsfähigkeit im Vordergrund. Gleichermaßen bedeutsam sind dabei die Freude am eigenen Tun, das Ansprechen aller Sinne und die Förderung der Gesamtpersönlichkeit. Neben dem Gestalten eigener künstlerischer Werke sollen den Kindern auch handwerkliche Fertigkeiten und grundlegenden Kenntnisse vor allem im Arbeitsbereich Drucken vermittelt werden.

**Teilnehmer:** ca. 20 Schülerinnen und Schüler der zweiten, dritten und vierten Klassen

**Zeitrahmen:** Ab Oktober 2002 wöchentlich ca. 2 Stunden à 45 Minuten voraussichtlich ein halbes Schuljahr. Eine Verlängerung ist möglich.

**Ort:** Werkraum oder Klassenzimmer

**Kosten:** Kleiner Beitrag zu den Materialkosten

**Team:** Claudia Wiegler, Grundschule Scharrerstraße, Reinhold Schlotter, Jugend Kinder Kulturhaus Quibble

### **Geplantes Programm mit folgenden**

#### **Drucktechniken :**

- Frottage
- Schablonendruck
- Klecksdruck
- Kartoffeldruck

- Gummidruck
- Gegenstandsdruck
- Stempeldruck
- Monotypie
- Stoffdruck
- Buchdruck
- Linolschnitt
- Holzschnitt
- Siebdruck

### **Aktionswoche für Integration und gegen Ausländerfeindlichkeit**

Es nahmen viele Einrichtungen aus dem Stadtteil an dieser Aktionswoche teil. Hort Holzgartenstraße, Hort Ritter von Schuh, Grund- Teilhauptschule Holzgartenstraße, Berufsschule 1, Kindergarten Bleiweiß, Kindertagesstätte Siegfriedstraße, Netz für Kinder Hartmut Straße, Internationale Jugendzentrum, Schülertreff Hummelsteiner Weg, Kinder und Jugendbücherei Lichtenhof, und wir, das Jugend Kinder Kulturhaus Quibble als Organisatoren. Ich bin sehr froh, damit für die Nürnberger Südstadt ein Zeichen setzen zu können. Die Aktionswoche fand mit offenen Angeboten in den einzelnen Einrichtungen statt und hat eine gemeinsame Abschlussveranstaltung. Unsere Angebote in dieser Woche sind Theateraufführungen, Schulprojekte, eine Theateraktion nach Augusto Boal, eine Filmvorführungen, eine Diskussion mit einem Zeitzeugen und Widerstandskämpfer, eine Unterrichtseinheit in einer Klasse der Berufsschule 1 zum Thema Ausgrenzung. Durch den Erfolg der Aktionswoche im Juni haben wir die Woche in unserer Einrichtung im Dezember wiederholt und auch für das Jahr 2002 eine Fortsetzung geplant. Wir erreichten über 500 Schülerinnen und Schüler, Pädagogen und interessierte Erwachsene mit unseren Aktionswochen im Quibble. Ich werde nun die einzelnen Bestandteile der Woche und deren Verlauf beschreiben.

### **Filmvorführung von Schindlers Liste**

Der Film lief am 25. Juni bei uns im Quibble und wurde von einer 8. Hauptschulklasse und einer BVJ Klasse besucht. Die anschließende Diskussion musste aus Zeitgründen leider ausfallen. Durch die Länge des Films hatten die Klassen keine Zeit mehr. Es gab aber die Zusage der Lehrkräfte, das Thema weiter zu behandeln. Beide Klassen kamen im Laufe der Aktionswoche ein weiteres mal.

### **„Gespräch mit einem Zeitzeugen“**

Die Gespräche fanden am 26. Juni und am 20. Dezember statt. Mit dem Zeitzeugen Peter Gingold im Gespräch, waren die 8.Klasse der Sperberhauptschule und eine Klasse des BfZ und zwei 10. Klassen des Martin Behaim Gymnasiums mit ihren Lehrern. Zunächst berichtete der Vorsitzende des Ausschwitzkomitees über die Anfänge des Nationalsozialismus aus seiner damals jugendlichen Sicht. Als jüdischer Junge erlebte er zum Beispiel den Aprilboykott am 1.Mai 1933, der als Test angesehen werden konnte, wie viele Deutsche sich dem Antisemitismus entgegenstellen würden. Er berichtete von der schrittweisen Steigerung des Antisemitismus von Diskriminierung, Ausgrenzung bis zur Vernichtungspolitik. Er berichtete ebenso von seinem Engagement gegen die Nazis als Jugendlicher im kommunistischen Widerstand. Er schilderte ihre Aktionen, seine Gefangenschaft, seine Flucht, die Beteiligung im französischen Widerstand, die erneute Gefangennahme und Folter, die Angst um seine kleine Tochter (die bei französischen Bauern versteckt war), die Sorge um die zurückgebliebenen Angehörigen in Deutschland, seine abenteuerliche Flucht aus der Polizeihaft, den Widerstand in Italien und nach 1945 seine Hoffnung auf eine neue Welt ohne Herrschaft und Unterdrückung. Die Jugendlichen fragten sehr viel nach, vor allem sehr viele Details über sein Leben waren für sie im Mittelpunkt. Ein wichtiges Anliegen des Redners war, den Jugendlichen zu zeigen, dass es jetzt auch noch immer Rassismus und Faschismus gibt. „Einer muss den Mund aufmachen, wenn es um Ausländerfeindlichkeit geht“, und die Jugendlichen diskutierten über mangelnde Zivilcourage. Schüler und Schülerinnen aus unterschiedlichen kulturellen Herkunftsfamilien zwischen 13 und 16 Jahren setzten sich 3 Stunden konzentriert damit auseinander, was der Nationalsozialismus mit ihnen zu tun hat, welche Bedeutung die Geschichte für heute hat. Diese Veranstaltung kann für einige einen Anstoß geben, sich weiterhin mit diesem Thema zu beschäftigen.

### **Workshop: „Theater der Unterdrückten“ - Zivilcourage**

Die Workshops fanden am 27.Juni und am 19.Dezember 01 statt. Es nahmen jeweils eine 9. Schulklasse der Hauptschule Sperberstraße und eine 9. Klasse der Haupt-

schule Hummelsteiner Weg an dem Workshop teil. Bei dem Workshop wurde das Thema „Gewalt“ erarbeitet.

- Welche Erfahrungen haben die einzelnen damit, was bedeutet für mich Gewalt.
- Wie kann ich selbst in Unterdrückungssituationen reagieren und handlungsfähig bleiben.

Ziel des Angebotes ist, dass Jugendliche sich in Situationen hineinversetzen, in denen Diskriminierung stattfindet und gemeinsam verschiedene Lösungsmöglichkeiten suchen.

Die Klasse wurde in vier Kleingruppen geteilt. In verschiedenen Räumen überlegten sie sich Alltagssituationen, in denen Unterdrückung stattfand und spielten diese Szenen nach. Jede Gruppe führte im Plenum ihr Stück vor, die anderen hatten die Möglichkeit die unterdrückte Person abzuklatschen und eine andere Reaktion auszuprobieren und durchzuspielen. Im Plenum wurde darüber diskutiert, was sich verändert hat und welche Reaktionen hilfreich sind. Durch das engagierte Mitarbeiten der Schülerinnen und Schülern glauben wir, dass wir unsere Ziele erreicht haben und das Thema und Reaktionsmöglichkeiten bei den Jugendlichen präsenter sind.

### **„Zweimal zu Hause“ von Gülseren Suzan und Jochen Menzel**

Türkische Jugendliche auf der Suche nach ihrer Identität Der Film mit anschließender Diskussion lief am 28. Juni 2001. Er gibt Einblicke in das Lebensgefühl türkischer Jugendlicher, die sich als Minderheit begreifen und der elementare Bürgerrechte fehlen. „Zweimal zu Hause“ ist die Kurzfassung des Films „Heimaten“ und bietet mit 25 min. Laufzeit gut die Möglichkeit einer anschließenden Diskussion.

Ziel dieses Vormittages war es, die Situation ausländischer Jugendlicher transparenter zu machen, gegenseitige Hemmschwellen abzubauen und bewusster aufeinander zuzugehen. Bereits in der Tatsache, dass auch die Filmemacher in sich multikulturell besetzt sind, zeigt, wie konstruktiv und ergänzend ein Miteinander sein kann. Auch die anschließende Diskussion wird durch diese Tatsache sicherlich bereichert. Die Rückmeldungen der beteiligten Lehrkräfte in der darauffolgenden Woche waren positiv,

anscheinend gelang ein Übertrag in den Alltag der Jugendlichen an der Schule.

### **Zur Theateraufführung: Wer hat Angst vorm Schwarzen Mann**

Nachdem die Texte geschrieben waren, fingen die Proben für das Stück an. Für unsere Einrichtung war das eine sehr gute Erfahrung. Als sehr schwierig stellte sich die Terminkoordinierung zwischen der Theatergruppe und unseren anderen Angeboten und Veranstaltungen im Haus heraus. Wir haben hier den zeitlichen Aufwand für das Proben eines Theaterstückes völlig unterschätzt. Die Kontaktaufnahme zu verschiedenen Schulklassen im Stadtteil war für uns kein Problem, da wir regelmäßig intensive Kontakte zu den Schulen im Stadtteil pflegen. Wichtig war für uns bei den Theateraufführungen, dass in den Klassen vor und nach dem Theaterbesuch der Schulklassen an dem Thema weiter gearbeitet wurde. Bei den Aufführungen im Juni und im Dezember war dies von Anfang an kein Problem, da die Aufführungen in eine Aktionswoche eingebettet waren. Die Schulklassen kamen in diesen Wochen jeweils zu anderen Veranstaltungen wie Theaterworkshop, Zeitzeuge, Schulprojekt zu uns in die Einrichtung und waren auf die Thematik eingestimmt.

Zum anderen wurde allen Schulklassen eine persönliche Kontaktaufnahme mit der Theatergruppe im Unterricht angeboten. Dies wurde bei den fünf Aufführungen jedoch nur von drei Schulklassen angenommen. Bei den Schülerinnen und Schülern sowie bei den Lehrerinnen und Lehrern kam diese Aktion der Theatergruppe sehr gut an. Bei den Besuchen der SchauspielerInnen in den Schulklassen wurde besonders auf persönliche Vorurteile eingegangen.

Die Klassen, die dieses Angebot annahmen, hatten entweder besonders engagierte Lehrerinnen, die mit der Klasse selbst ein Projekt zum Thema Ausländerfeindlichkeit erarbeiteten, oder spielten mit ihrer Klasse selbst Theater, was einen zusätzlichen Anreiz für die Schüler war. So ist es uns nur zum Teil gelungen, das Thema vor dem Theaterbesuch in die Klassen zu tragen. Besonders wichtig waren auch die Diskussionen mit den Schülerinnen und Schülern, die nach dem Stück stattfanden.

Wir erreichten ca. 320 Schülerinnen von Hauptschulen aus dem Stadtteil, eine Klasse aus einem BVJ und zwei Klassen aus einer Förderschule. Zusätzlich kamen ca. 15 Lehrerinnen und Lehrer und 20 Sozialpädagoginnen und Erzieherinnen.

### **Die Führung über das Reichsparteitagsgelände**

Diese fand am 29. Juni 2001 statt und wurde von Geschichte für alle durchgeführt. Die 20 Jugendlichen von Schülerclub unseres Hauses nahmen an dem Rundgang teil. Es wurde klar, wie wenig Wissen bei den Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 15 Jahren über die Zeit des Nationalsozialismus vorhanden ist. Das Thema Nationalsozialismus wurde auf einer Freizeit im Sommer weiter behandelt. Hierbei wurde besonders zur Lebensgeschichte der Anne Frank gearbeitet. Andere Gruppen konnten für dieses Nachmittagsangebot nicht gewonnen werden.

### **Das Spielprojekt zum Thema: Vorurteile und Diskriminierung**

Das Planspiel fand mit einer 9. Klasse der Hauptschule Hummelsteiner Weg am 17.12.2001 statt. Unser Ziel an diesem Vormittag war es, sich seiner Vorurteile und Klischees, die ohnehin vorhanden sind, bewusst zu werden und sie zu reflektieren. Begonnen haben wir mit einem Einstiegs-spiel zu den „Namen“ der Schülerinnen und Schüler. Durch mehrere Lexika war es möglich, die besondere Bedeutung der Namen festzustellen und den anderen mitzuteilen. Mit den besonderen Regeln in einem fränkischen Bergdorf ging es weiter. Hier gab es keine Anweisung die „geheimen“ Regeln den „Neuen“ nicht mitzuteilen. Die Schülerinnen und Schüler gingen von einer Spiel bzw. Ratesituation aus. Die Gäste im Bergvolk wurden nicht herzlich aufgenommen, sondern blieben Außenseiter.

Durch das Reflektionsgespräch wurde sehr schnell klar, wie hier Ausgrenzung funktioniert hat. Dies führte zu einer lebhaften Diskussion über Vorurteile und dem äußeren Erscheinungsbild von Menschen und Jugendlichen.

### **NN-Rockbühne**

Ein weiteres Projekt, das sehr gut läuft, ist die „NN-Rockbühne“. Ein Nachwuchswettbewerb zusammen mit der größten Nürnberger Tageszeitung und einem Schülertreff an einer Hauptschule. Hier zeigt sich vor allem, dass eine kooperative Zusammenarbeit auch mit anderen Einrichtungen an Schulen gut funktionieren kann.

### **Girls in Motion**

Ein Mädchenprojekt, an dem mehrere Einrichtungen beteiligt sind. Es finden Workshops zu verschiedenen Themen in einzelnen Einrichtungen statt. Diese werden dann auf einem gemeinsamen Abschlussfest präsentiert.

### **Tanzen gegen Gewalt**

Diese Veranstaltungsreihe findet seit vier Jahren in Kooperation mit dem Internationalen Jugendzentrum und dem Weisen Ring statt. Jugendliche können Flagge zeigen und ohne Konkurrenzsituation ihr Können präsentieren.

### **Smoers Festival**

Dieses Nachwuchs-Festival rundet einen Demoband – Wettbewerb eines lokalen Radiosenders ab. Die Radiozuhörer bestimmen, welche Bands auf dem Festival spielen dürfen.

Kath. Domgemeinde Wetzlar



In den Osterferien 2001 haben wir innerhalb einer Kinder- und Jugendaktionswoche im Stadtteil Silhöfer Aue / Westend einen Videoworkshop angeboten. Kinder und Jugendliche im Alter von 8 bis 15 Jahren erprobten sich als Reporter, Drehbuchautoren und Filmbearbeiter. In einem selbstgedrehten Musik-Videoclip wurden einige Probleme der Kinder und Jugendlichen im Stadtteil thematisiert (Ladendiebstahl, Drogen, Spannungen zwischen ethnischen Gruppierungen). In der ersten Woche der Sommerferien 2001 lief ein weiterer Videoworkshop, an dem ca. 15 Kinder und Jugendliche teilnahmen. Seitdem ist die Videowerkstatt ein fester Bestandteil der Jugendarbeit im Westend geworden. Wöchentlich trifft sich die Videogruppe. Mehrere Filme sind fertig. Im November 2001 nahmen wir an einem interkulturellen Jugendvideopreisverleihung in Köln teil. Wir gewannen zwar keinen Preis, aber wir kamen mit vielen neuen Kontakten und Ideen zurück.

Mittelfristig ist geplant, das Videoprojekt auf andere Stadtteile ausdehnen. In Zusammenarbeit mit fachkompetenten Einrichtungen wie z.B. die Filmwerkstatt Münster, werden interessierte Jugendliche im Videobereich weitergebildet. Sie können andere Jugendliche aus anderen Stadtteilen mit Hilfe eines mobilen Computers (Laptop) die Möglichkeit geben, einen Film mit Hilfe der Videowerkstatt Westend zu drehen und zu schneiden. In diesem Sommer werden wir einen Film über die Ferienpassaktion der Stadt Wetzlar drehen. 24 Kinder sind als Kameraleute unterwegs, um die zahlreichen Ferienaktionen aufzunehmen.

Gleichzeitig arbeiten wir eng mit der Internet-Gruppe „Jugendnetz-Wetzlar“ zusammen ([www.jugendnetz-wetzlar.de](http://www.jugendnetz-wetzlar.de)). Hier können wir unsere Filme einer breiteren Öffentlichkeit vorstellen.

Mit der Videowerkstatt wollen wir Kinder und Jugendliche an neue Technologien heranführen. Zielgruppe sind vor allem junge Leute, die sonst keine Möglichkeit haben, mit Computer, Internet und Video zu arbeiten. Neben der Videoproduktion wird es ein Ziel sein, die Ergebnisse im Internet präsentieren zu können. Ferner stehen wir im guten Kontakt mit dem Internationalen Bund (IB), der im Nachbarschaftszentrum ein „Internet-Café“ betreibt. In ethnisch gemischten Gruppen sollen sie ihr Leben, ihre Wünsche und Probleme thematisieren können. Der Blick durch die Kamera macht es möglich, das Alltagsleben zu hinterleuchten. Die Leinwand oder der Monitor gibt eine Plattform, sich selbst zu präsentieren. Ein Schwerpunktziel ist die interkulturelle Begegnung. Russlanddeutsche und kurdische Kinder und Jugendliche arbeiten mit deutschen Kinder und Jugendlichen zusammen. Ihre unterschiedliche Sozialisation soll direkt oder indirekt thematisiert werden. Stadtteile erhalten eine positive Identifikation und öffnen sich gleichzeitig für das Gemeinsame der Stadt.

Innerhalb des Projekts wollen wir ein Filmprojekt starten, das die Kinder aus den Wetzlarer Stadtteilen animieren soll, ihren Stadtteil mit der Kamera vorzustellen („Hier wohne ich“, „Schauen Sie mal, Herr Bürgermeister“)

Langfristiges Ziel ist die Einrichtung eines „Nachbarschafts-TV-Kanals“ als ein Kommunikations- und identitätsförderndes Medium im Stadtteil. Mit den jungen Leuten versuche ich, mich an die Technik heranzutasten. Im Mai dieses Jahres werden wir einen Fachmann für Videoschnitt einladen. Mit seiner Hilfe sollen 5 Jugendliche ausgebildet werden, selbständig einen Film mit Kindern und Jugendlichen zu drehen und zu schneiden.

## Themenfelder

- Entwicklungen, Veränderungen, Gestaltung innerhalb des Programms „Soziale Stadt“
- Vorher - nachher: Report über die Abrissarbeiten in der ehemaligen Kaserne (in Arbeit)
- Das hätten wir auch gerne: Film über Jugendeinrichtungen in anderen Stadtteilen
- PolitikerInnen beim Wort genommen: Meinungen der KommunalpolitikerInnen über den Stadtteil
- Musikvideo zum 9. November (schon fertig)
- Internationale Küche: Kochen wie in der alten Heimat (in Arbeit)
- Wo kommen meine Eltern her? Film über das Herkunftsland
- Wetzlar für Nichtdeutsche:  
Ein Film für die Ausländerbehörde / Einwohnermeldeamt
- Videoclips für eine interaktive Internet-story ([www.jugendnetz-wetzlar.de](http://www.jugendnetz-wetzlar.de))
- Hier lohnt es sich zu leben: Werbespots für den Stadtteil
- Musikvideo über die bestehende „breakdance gruppe“ (schon fertig)
- „talk im westend“, Gesprächsrunde über Kinder- und Jugendthemen
- Wetzlarer Jugendliche stellen ihren Stadtteil vor.
- „Schauen Sie sich das mal an, Herr Bürgermeister“, Wetzlarer Jugendliche sagen ihre Meinung
- Weihnachten in den Stadtteilen
- Ferienpassaktion Wetzlar